Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

23.1.1892 (No. 18)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 20 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 18. Samstag, den 23. Januar 1892.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin**, 20. Januar.

Die heutige Reichstagssitzung war der Erledigung von Anträgen aus dem Hause gewidmet. Sie stammten sämmtlich aus dem Jahre 1890. Der erste war der Antrag des nationalliberalen Abg. Siegle, wonach der Reichskanzler ersucht werden sollte, statistische Aufnahmen über die Lage der Arbeiter, insbesondere die Arbeitszeit, die Arbeitslöhne und die Kosten der Lebensunterhaltung in den verschiedenen Zweigen zu veranstalten. Bekanntlich plant die Regierung bereits die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik.

Der Antragsteller führte zur Begründung des Antrages aus, daß Deutschland, welches im Arbeiterschutz allen andern Staaten vorangegangen sei, in der Arbeitsstatistik nicht zurückbleiben dürfe.

Der socialdem. Abg. Wurm wollte auch die Belastung der Arbeiterfamilien durch die indirekten Steuern festgestellt wissen und verlangt, daß man bei den statistischen Aufnahmen nicht mit Durchschnittsziffern operiren solle, da diese ein ganz falsches Bild von der Lage der Arbeiter gäben. Im Uebrigen erwarte er, die ziffermäßige Darlegung der Arbeiterverhältnisse werde deren Unhaltbarkeit darthun.

Auf Antrage des Abg. Schrader, der eine rein objektive Statistik forderte, erklärte Unterstaatssekretär v. Rottenburg, die geplante Kommission solle eine dauernde sein und alle Quellen benützen, die Werth für die Statistik hätten. Sie solle keine Gesetze machen, aber die statistische Grundlage dafür bieten. Die dringendste Aufgabe werde sein, die statistische Unterlage für die Ausführung der Novelle zur Gewerbeordnung zu liefern.

Der Antrag wurde schließlich angenommen.

Hierauf kam der Antrag der Freisinnigen Barth und Rickert wegen Abänderung des Reichswahlgesetzes zur Berathung. Nach den Vorschlägen der Antragsteller sollen die Wahlzettel in amtlich gestempelten Umschlägen unmittelbar vor der Stimmabgabe in einem mit dem Wahllokale verbundenen, abgeschlossenen, für andere unzugänglichen Raum, in welchen der Wähler allein tritt, hineingesteckt werden.

Abg. Rickert wies zur Begründung seines Antrags auf die vielen Mißbräuche hin, welche bei der jetzigen Stimmzettelabgabe vorkommen und das Wahlgeheimniß wie die Wahlfreiheit in grober Weise beeinträchtigen. Gegen diese Mißbräuche könne nur das vorgeschlagene Wahlverfahren sichern.

Der konservative Abg. v. Steinau-Steinrück war zwar mit dem Ziel des Antrags einverstanden, hielt aber den vorgeschlagenen Weg für unzweckmäßig, namentlich würde bezüglich der Lokalfrage das Gesetz vielfach nicht innezuhalten sein.

Der Abg. v. Meyer-Arnswalde benützte die Gelegenheit, um überhaupt seiner Abneigung gegen das geheime Wahlrecht Ausdruck zu geben, und suchte in humoristischer Weise den ganzen Vorschlag in's Lächerliche zu ziehen. Das Wahlrecht, wie es jetzt bestehe, sei bereits kein geordnetes Wahlwesen, sondern ein ungeordnetes Wahlunwesen; durch den Antrag würde die Verwirrung nur noch vermehrt werden.

Der Abg. Gröber (Centr.) gab dem Vorredner recht, vom Wahlunwesen zu sprechen, wenn damit die Verletzung des Wahlgeheimnisses und Fälschung des Ergebnisses gemeint sei, und erinnerte daran, daß im Laufe der Zeit schon von den Nationalliberalen, Socialdemokraten, dem Centrum und den Freisinnigen Anträge zum Schutze des Wahlgeheimnisses gestellt worden seien, von der Rechten aber noch nicht. „Wird auch nicht geschehen!" rief man von rechts dazwischen. Gröber entgegnete, das glaube er allerdings, denn den Herren, die gewohnt seien, in ihrem Kreise zu kommandiren, sei das Geheimniß unangenehm, sie möchten es lieber beseitigen. Das beweise schon ihre ablehnende Haltung, bei der sie nicht einmal den Versuch einer Verbesserung machten. Es gelte die Schwachen, Abhängigen zu schützen und da solle man nicht mit dem Gegensatz von Tapferkeit und Feigheit kommen. Um alle technischen Einzelheiten näher zu prüfen — z. B. hatte er auch Bestimmungen über die Größe der Wahlzettel für wünschenswerth — beantrage er Verweisung an eine Kommission.

Der Abg. Heine (Soc.) verlangt geheime Wahl nicht nur für den Reichstag, sondern auch für den Landtag, die Stadtverordnetenwahlen u. s. w. und befürwortete Vornahme der Wahlen am Sonntage, glaubte aber nicht, daß bei der gegenwärtigen Strömung es wirklich zu einer Verbesserung des Wahlsystems kommen würde.

Der Abg. Rintelen (Centrum) wandte sich gegen den Abg. Meyer-Arnswalde und betonte dabei, es wäre Abhilfe gegen die Verletzung des Wahlgeheimnisses zu schaffen.

Für den Antrag sprachen noch die Abg. Munkel (freisinnig) und Auer (Socialdemokrat), letzterer mit dem bekannten Ausblick auf den Zukunftsstaat, und der nat.-lib. Abg. Dr. v. Marquardsen, der jedoch für die Beurtheilung der einzelnen Bestimmungen des Antrags seiner Partei alle Rechte vorbehielt.

Nachdem noch der Abg. Dr. Barth in seinem Schlußworte auf die Gesetze anderer Länder zum Schutze des Wahlgeheimnisses hingewiesen hatte, wurde der Antrag gegen die Stimmen der Rechten einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der Antrag des Abg. Träger wegen Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen wurde von der Tagesordnung abgesetzt, um mit einem ähnlichen vom Abg. Rintelen eingebrachten Antrage später zusammen berathen zu werden.

Trotz zahlreicher Vertagungsrufe trat das Haus noch in die Berathung des vom Abg. Dr. Reichensperger eingebrachten Gesetzentwurfes, betr. die Einführung der Berufung in Strafsachen ein. Der Antragsteller befürwortete seinen Antrag, welcher mit einem früheren Reichstagsbeschlusse wörtlich übereinstimmt, lebhaft, indem er darauf hinwies, daß die fehlende Berufung in der Bevölkerung eine tiefgehende Mißstimmung hervorrufe und das Vertrauen zur Rechtspflege nicht gestärkt habe. Alle Garantien, mit denen man die erste Instanz umgebe, machten die zweite Instanz nicht entbehrlich, wie schon der Umstand beweise, daß von den Urtheilen, welche aus formalen Gründen oder wegen eines Rechtsirrthums einer Revision unterzogen worden seien, 42 pCt. eine Abänderung erfahren hätten.

Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Bosse, konnte nur erklären, daß er nicht wisse, wie sich der Bundesrath diesmal zu dem Antrage stellen würde. Indessen klang aus seiner Rede heraus, daß er dem Verlangen weniger abgeneigt sei, als sein Vorgänger v. Schelling.

Nach Ablehnung eines Vertagungsantrages traten noch lebhaft für den Antrag ein die Abgg. Schneider (Hannov., natl.), Munkel (freis.) und Stadthagen (Soc.), aber letzterer wollte die Berufung nur dem Angeklagten, nicht auch dem Staatsanwalt geben. Kommissarische Berathung des Antrages wurde von keiner Seite verlangt, die zweite Lesung wird demnächst im Plenum stattfinden.

Für morgen stehen nur kleinere Sachen, nämlich das Uebereinkommen mit Oesterreich, betr. den Markenschutz, und Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.

Berlin, 21. Januar.

Der Reichstag überwies das Abkommen zwischen Deutschland und Oesterreich über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz an eine vierzehngliederige Kommission auf Antrag des Abg. Hammacher.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar.

Einen bedenklichen Erlaß nennt die „Köln. Volksztg." die (von uns gestern unter „Neuesten Nachrichten" mitgetheilte) Entscheidung des preußischen Kultusministers, wonach der Vater eines schulpflichtigen Kindes selbst dann, wenn er für seine Person einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehört, gleichwohl verpflichtet ist, das Kind an dem Religionsunterricht in der öffentlichen Volksschule theilnehmen zu lassen, sofern er nicht den Nachweis erbringt, daß für den religiösen Unterricht des Kindes anderweit nach behördlichem Ermessen in ausreichender Weise gesorgt ist. Dieser Ersatzunterricht soll wie jeder Privatunterricht von der Aufsichtsbehörde beaufsichtigt werden. Das bezieht sich auf die sog. Dissidenten. Das obenerwähnte Centrumsblatt erhebt nun sehr schwerwiegende Bedenken gegen den Erlaß, die es folgendermaßen schließt: Wie wir uns im Falle Wollmann dagegen gewehrt haben, daß katholische Kinder in den Religionsunterricht eines „Altkatholiken" staatlich gezwungen wurden, und später die Verletzung der Ministerialverfügung von 1844 nachdrücklich bekämpften, so erkennen wir an, daß auch die Dissidenten mit Recht dagegen Einspruch erheben können, daß ihre Kinder zwangsweise an dem Religionsunterricht eines anderen Bekenntnisses theilnehmen sollen. Hier ist eine Konsequenz des staatlichen Schulmonopols, die wir für uns wie für Andere ablehnen.

— Den „Berl. Polit. Nachrichten" zufolge soll, um dem Mangel in der Organisation der Eisenbahn-Verwaltung abzuhelfen, eine besondere Eisenbahn-Karriere mit speziell eisenbahntechnischer Vorbildung eingerichtet werden.

Kiel, 21. Jan. Die „Kieler Zeitung" meldet: Bei der gestrigen Anwesenheit des Kaisers wurden die Kapitäne zur See Oldekop und Diederichs zu Admiralen befördert, der Kontreadmiral Karcher zum Chef des Uebungsgeschwaders und der Kapitän zur See Tirpitz zum Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine ernannt.

Ausland.

Wien, 21. Jan. Die Debatte über die Tarifverträge beginnt im Herrenhause am Samstag. Die Abstimmung erfolgt Montag, die Sanktion durch den Kaiser am 27. Januar. Die Auswechselung der Verträge mit Deutschland, Belgien und der Schweiz geschieht in Wien, mit Italien in Rom. Die amtliche Publikation aller Verträge erfolgt am 31. Januar.

Paris, 21. Jan. Die Aufregung in Paris wegen des ohrfeigenden Ministers ist immer noch sehr groß, aber in Anbetracht der großen Gemeinheit der vom maulschellirten Abgeordneten Laur mit Hilfe des „Intransigeant" gegen ihn gerichteten Angriffe verzeiht die öffentliche Meinung dem Minister seine Ungehörigkeit. Bedenklich erscheint trotzdem Vielen die Sache, daß ein Minister mit dem Faustrecht in der Kammer losgeht.

Laur schickte gestern seine Zeugen zu Constans. Der Minister ließ aber antworten, nach den Ausflüchten seines Gegners und nach Veröffentlichung der zwischen Laur und Rochefort ausgetauschten Telegramme trete er mit den Zeugen Laur's nicht in Unterhandlung. Allgemein wird gebilligt, daß Constans das Duell abgelehnt habe. Da Constans also dem Laur Genugthuung mit den Waffen verweigert, so will Laur den Minister gerichtlich verfolgen.

„Figaro" wiederholt heute seine Anklagen wegen angeblicher Betreibung des Sklavenhandels durch Deutschland und fügt hinzu, Gravenreuth habe die ersten Sklaven gekauft und für Rechnung Deutschlands und des Kongostaates in Weidah an Bord des „Pollux" eingeschifft. Seitdem setze Richter, der deutsche Konsularagent in Weidah, die Ankäufe von Sklaven bei Behanzin fort, dem er dagegen Schnellfeuerkanonen liefere.

London, 21. Jan. Das Leichenbegängniß des Kardinals Manning hat heute stattgefunden. In der großen Kirche des Oratoriums herrschte, lt. „Frkf. Ztg.", bei starkem Nebel trotz der Gasbeleuchtung Halbdunkel. Fünf Bischöfe waren anwesend, das diplomatische Korps, der katholische Adel und das Unterhaus, namentlich die irische Partei waren stark vertreten. Die Meßgesänge wurden einfach gregorianisch ohne Orgel vorgetragen und nach der Messe hielt der Bischof von Newport die Gedächtnißrede. Der Zug nach dem Kirchhof war großartig; die Bischöfe und die übrige Geistlichkeit in Wagen voraus; dann folgte der Todtenwagen, die Verwandten, Mitglieder des Haushalts, die Diplomaten, der Adel, die Malteserritter, Parlamentsmitglieder, fromme Vereine und zahlreiche Vertreter der Arbeiter.

Rom, 21. Jan. Die Handelsverträge wurden von der Kammer in geheimer Abstimmung mit 177 Stimmen gegen 66 Stimmen angenommen.

Die „Pol. Korresp." meldet, im Frühjahrskonsistorium sollen 10 Kardinäle, darunter vielleicht ein Deutscher, ernannt werden.

Der Spanier Martin ist, lt. „Köln. Volksztg.", zum Generalvikar der Jesuiten ernannt worden. Die Wahl des neuen Jesuitengenerals findet im August zu Rom statt. Der Orden zählt gegenwärtig 12,745 Mitglieder. Eine andere Meldung besagt: Die Wahl des neuen Jesuitengenerals erfolgt, sobald die Provinciale zusammengetreten sind, wahrscheinlich in Feldkirch.

Madrid, 21. Januar. Dem Vernehmen nach ist zwischen Spanien und Belgien betreffs der Verlängerung des Handelsvertrages eine Verständigung erzielt worden.

Petersburg, 21. Jan. Auf die Meldung von der Aufspeicherung großer Getreidemengen in den östlichen Gouvernements durch Spekulanten entsandte der Czar das Moskauer Stadthaupt Alexejew, um für die Nothleidenden Getreide bis zu fünfzehn Millionen Rubel anzukaufen. Alexejew ist ermächtigt, falls die Spekulanten das aufgespeicherte Getreide zu annehmbaren Preisen nicht ablassen, dasselbe zu sequestriren.

Beim Festessen, welches die Offiziere der Garde-Artillerie den hier weilenden französischen Offizieren gaben, soll auch die Marseillaise gespielt worden sein, eine angebliche Thatsache, welche jedoch verschiedene russische Offiziere nicht für wahr halten wollten.

Der wirkliche Staatsrath Annenkow, Dirigirender des Kameralhofs in Orel und Vorsitzender der dortigen Abtheilung des Rothen Kreuzes, wurde plötzlich aus dem Dienste entlassen. Grund ist die Unterschlagung von 24,000 Rubeln aus der Kasse des Rothen Kreuzes. Nachträglich verlautet, Annenkow habe schon oft einen Griff in jene Kasse gethan, bei plötzlichen Kassenrevisionen sei aber stets der (jüngst bei einem Eisenbahnunglück auf der Okabrücke umgekommene) Millionär Bulatkin für ihn eingesprungen. Dessen Tod kurz vor der Kassenrevision im Dezember 1891 führte die Entdeckung herbei. Zwei Bekannte Annenkows wollten anfänglich die Summe vorstrecken, schreckten aber zurück, als sie die Höhe derselben erfuhren. Auch der bisherige Gouverneur von Orel, Ochlobowsky, ist seines Postens enthoben.

Washington, 20. Jan. Die Münzkommission des Repräsentantenhauses wird am 2. Februar beschließen, ob dem Hause der Gesetzentwurf, welcher freie Silberprägung gestattet, vorgelegt werden

Im Sturme geläutert.

18) Von Philipp Laicus. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Menge hatte indessen immer mehr zugenommen. Man begann sich zu drängen, und die Gesellschaft nahm allmälig einen anderen Charakter an. Es waren nicht mehr ausschließlich die zerlumpten Gestalten der Volkshefe; auch die anderen bürgerlichen Klassen waren vertreten; es waren Soldaten der Pariser Armee und Nationalgarden in Uniform erschienen. Neben den schäbigen Blousen und Jacken sah man den bürgerlichen Frack mit seinen ungeheuren Revers und Schößen, die weit über die Kniekehlen hinabreichten; der Spezereikrämer an der Ecke, selbst der elegante Dandy fehlte nicht. Die Gesellschaft war entschieden gemischt.

Jetzt trat ein Mann in den Saal, den man namentlich von Seiten der Arbeiter mit einer gewissen Ehrfurcht begrüßte, und der diese Grüße, wie als einen schuldigen Tribut annahm, ohne solche zu erwidern. Nur für einzelne, sichtlich den höheren Klassen der Gesellschaft Angehörigen hatte er ein gnädiges Kopfnicken, und wechselte auch wohl mit ihnen einige Worte, die sofort ein glückliches Lächeln auf dem Gesichte des Angeredeten hervorbrachten.

„Ist Herr Lecerf heute nicht da?" fragte er einen der so Beglückten.

„Gewiß, Herr Lourdaud," beeilte sich derselbe zu antworten; er sprach vorhin noch mit Danton."

„Danke!"

Herr Lourdaud schlängelte sich durch das Gedränge weiter.

„Was hat er gewollt?" fragte einer der Umstehenden den so Geehrten.

„Er hat eine persönliche Frage an mich gerichtet," entgegnete dieser stolz, und machte dadurch die Uebrigen vor Neugierde fast bersten.

Es ging eben hier wie überall. Herr Etienne Charles Lourdaud war keineswegs ein Kordelier, sondern Theilhaber und geistiger Leiter einer der größten Hutfabriken in Vaugirard, das damals noch außerhalb der Stadt lag. Die Gebäude, in welchen selten weniger als 600 Arbeiter beschäftigt waren, bedeckten einen großen Raum und daneben war noch Platz für eine allerdings ziemlich bescheidene Villa nebst herrlichen Gärten. Dort wohnte Herr Lourdaud mit seiner Familie im Sommer, den Winter brachte er in Paris selbst zu und fuhr täglich auf seine Fabrik hinaus.

Der Fabrikant bot im Aeußeren gerade keine unangenehme Erscheinung. Er war zwar etwas wohlbeleibter, als es den gewöhnlichen Begriffen von männlicher Schönheit entspricht. Aber seine straffe Haltung und die stets dunkle Kleidung, die er trug, ließ das weniger hervortreten. Sein Gesicht hatte im Allgemeinen regelmäßige Züge, seine Stirne war hoch und deutete auf Verstand, sein Organ war in der gewöhnlichen Unterhaltung wohlklingend, nur in der Erregung scharf und jeden Widerspruch ausschließend.

Herr Etienne Charles Lourdaud hatte kein politisches Programm, sondern nur politischen Ehrgeiz und verstand es, seinen Vortheil auch in Geldangelegenheiten trefflich zu wahren. Als Herr war er brutal, das wußte Niemand besser als seine Arbeiter; sie sahen und hörten ihn nie anders. In der Gesellschaft dagegen verstand er, abgesehen von Augenblicken großer Erregung, seine Brutalität zu zügeln und seiner Haltung einen Anstrich von Wohlwollen zu geben, so daß man ihn allgemein für einen Freund seiner Arbeiter hielt.

Das schien auch die äußere Haltung der Letzteren zu bestätigen. Wo Herr Etienne Charles Lourdaud erschien, begrüßten ihn die ehrfurchtsvollsten Worte die ergebenste Haltung seiner Arbeiter. Die Gesellschaft hatte eben keine Ahnung davon, bis zu welchem Grade in der Hutfabrik der Herren Lourdaud et Comp. das Spitzelthum und die Kriecherei getrieben wurden. Besondere Kenntnisse und Fertigkeiten wurden nur von Wenigen verlangt; diese hielten sich ziemlich abseits und sprachen nichts. Der große Haufe konnte stets aus den Arbeitslosen der Straße ergänzt werden, und diese hatten, wenn sie Arbeit behalten wollten, sich einer bis zur Selbstentwürdigung gehenden Devotion gegen die Herren zu befleißigen. Und namentlich war es Herr Lourdaud, bei welchem man sich einen Stein im Brett sichern mußte. Der zweite Associé, ein Herr Metayer, kümmerte sich mehr um seine Komptoirs, und der Dritte im Bunde, Herr Vieuxfat, ein bereits bejahrter Herr, der schon daran dachte, seinen Sohn an seiner Statt in das Geschäft eintreten zu lassen, lebte von seiner Frau geschieden, auf einer Villa zu Gentilly nur seinen persönlichen Liebhabereien, ohne sich um das Geschäft zu kümmern. Er zog nur Wechsel auf dasselbe, die an der Geschäftskasse stets prompt honorirt wurden.

Um seinem politischen Ehrgeize zu dienen, war Herr Lourdaud dem Klub des Jakobins beigetreten. Sein scharfer Sinn sagte ihm, daß das die Partei der Zukunft sei. Wäre das Königthum die aufsteigende Sonne gewesen, er würde sich ebenso dem Königthum angeschlossen haben. Aber Herr Lourdaud war kein Streber im gewöhnlichen Sinne, der heute zu dieser, morgen zu jener Fahne schwört. Nachdem er sich gesagt, daß den Jakobinern die Zukunft gehöre, schloß er sich ihnen an und war gewillt, ihr Loos zu theilen, welches es auch sein möchte. Denn das war Herrn Lourdaud klar, wenn er auch keine Ueberzeugung hatte, so durfte er dies, wenn er vorwärts kommen wollte, in keiner Weise zeigen. Selbst einen Rückgang seiner Partei müsse er ohne Schwanken mit ihr tragen.

Zuweilen kam Herr Lourdaud auch in den Klub des Cordeliers, der ja eigentlich nur eine Sektion der Jakobiner bildete und deren entschiedenere Elemente umfaßte. Wenn wie heute eine Haupt- und Staatsaktion der Cordeliers angekündigt war, so fanden sich die Jakobiner massenweise dort ein, und darum war auch diesmal die Zuhörerschaft mehr als gewöhnlich gemischt.

Herr Lourdaud näherte sich Danton und Lecerf, die immer noch in ihrem Gespräche begriffen waren. Sie standen dabei so, daß Lecerf ihm den Rücken kehrte, und daher seine Annäherung nicht bemerken konnte; aber Danton stand ihm gegenüber, und sah ihn kommen.

„Bürger Lourdaud," rief er, „kommen Sie und sehen Sie, welch' eines schmählichen Attentates . . ."

„Willkommen Bürger Danton!" unterbrach ihn Lourdaud mit wohlwollendem Lächeln. „Was gibt es schon wieder?"

Lecerf drehte sich in diesem Augenblicke zu Lourdaud, um diesen zu begrüßen.

„Ah, Herr Lecerf! Ich . . .," rief dieser scheinbar überrascht, den Gesuchten hier anzutreffen. „Aber zum Teufel," fügte er bei, indem er eine helle Lache aufschlug, „wie sehen Sie aus? Was haben Sie mit Ihrer Nase gemacht?"

„Das ist eben das Attentat," sagte Danton, die Hand in die Weste steckend, „betrachten Sie diesen Revers, Bürgerblut ist auf sie geflossen; schändlich vergossenes Bürgerblut, das zu den Unsterblichen um Rache schreit!"

„Ein Attentat!" wiederholte Herr Lourdaud. Das war alles, was er sagte. Aber er sprach diese beiden Worte in einem Tone, und begleitete sie mit Gesten, welche nicht nur besagten, daß er an den Ernst dieses Attentates nicht glaube, sondern auch, daß er sich lustig darüber mache.

Danton ereiferte sich.

„Ja, Bürger Lourdaud, es ist weit gekommen mit uns, wenn das Volk sich nicht mehr auf der Straße sehen lassen kann, ohne insultirt zu werden. Wir stehen wieder in den Zeiten Ludwig XV., wo der Bürger nur das mißhandelte Objekt unzüchtiger Launen der Aristokratie war!"

„So!" meinte Lourdaud kühl; „ich habe mir gleich gedacht, daß ein Weib an diesem Attentat auf unseren guten Mitbürger Lecerf mitbetheiligt sei. Indessen wenn Sie morgen ein Stündchen frei haben, wollen Sie zu mir nach Vaugirard kommen?"

„Ich erwarte Ihre Befehle," antwortete Lecerf mit einem tiefen Bücklinge auf's Höchste geschmeichelt.

„Ich habe Ihnen nichts zu befehlen; ich möchte nur eine kleine Privatangelegenheit mit Ihnen besprechen."

„Wann kann ich die Ehre haben?"

„Sagen wir um elf! Paßt Ihnen das?"

„Ich werde pünktlich sein."

Inzwischen sind zwei neue Ankömmlinge in den Saal getreten; in dem Einen erkennen wir jenen Norweger, der das Attentat auf Lecerf ausgeführt, und der sich hier ganz harmlos, wie so viele andere Zuhörer bewegte. Arm in Arm mit ihm kam ein Anderer, der nur mit einem allerdings kaum bemerkbarem Zögern folgte.

„Mein lieber Armand," bemerkte der Norweger bei seinem Eintritte gutmüthig zu seinen Gefährten; „Sie haben versprochen, mich auch hierher zu führen und jetzt führe ich Sie."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

soll. Man glaubt, daß die Majorität der Kommission für die Vorlegung sei.

Rio de Janeiro, 20. Jan. Aufrührerische Gefangene bemächtigten sich in der Festung Santa Cruz zweier Forts und forderten die Rückkehr Fonsecas zur Präsidentschaft. Heute Vormittag griffen Landtruppen und Kriegsschiffe die von den Wällen lebhaft schießenden Aufständischen an und erzwangen deren Kapitulation. Der Führer der Rebellen tödtete sich.

Baden.

Karlsruhe, 21. Jan. Heute Vormittag nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge entgegen und empfing dann gemeinsam mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin Seine Durchlaucht den Fürsten Karl zu Löwenstein. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Majors Freiherrn von Ende-hausen genannt Wolff und des Legationsrathes Dr. Freiherrn von Babo. Abends findet Hoftafel statt, zu welcher der Kaiserlich Russische Gesandte Baron Friedericksz mit Gemahlin, der Königlich Preußische Gesandte Geheimerath von Eisendecher mit Gemahlin sowie mehrere andere Personen Einladung erhalten haben.

Karlsruhe, 20. Jan. Wegen Ableben Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Erzherzogs Karl Salvator von Oesterreich legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf acht Tage bis zum 28. Januar einschließlich nach der 4. Stufe der Trauerordnung an. Am hohen Geburtsfeste Seiner Majestät des Kaisers, dem 27. Januar, wird die Trauer abgelegt.

* **Karlsruhe,** 21. Jan. Die „Köln. Ztg." brachte vor einigen Tagen folgenden aus Karlsruhe datirten Artikel:

„Wenn man die jetzige Zusammensetzung der badischen Zweiten Kammer betrachtet, in welcher 31 Nationalliberale einer aus vier Parteien zusammengesetzten Gegnerschaft von 30 Abgeordneten gegenüberstehen, und wenn man die Aussichten für die künftigen Landtagswahlen (im Herbst 1893) in's Auge faßt, so liegt es auf der Hand, daß die nationalliberale Partei in ihrem eigensten Interesse versuchen muß, mit einer der vier Gegenparteien Fühlung zu gewinnen. Dies kann nur die deutschfreisinnig-demokratische sein, mit welcher die Nationalliberalen — trotz mancher Gegensätze in Einzelheiten — doch viele gemeinsame Ziele haben. An eine Vereinigung der beiden Parteien denkt niemand; jede soll auch fortan ihre Grundsätze aufrecht halten. Wohl aber weiß die Gefahr, welche — wie das neue preußische Volksschulgesetz beweist — ein klerikal-konservatives Bündniß für den Liberalismus mit sich bringt, gebieterisch darauf hin, daß die verschiedenen liberalen Parteien aufhören müssen, sich in blindem Fraktionshasse gegenseitig zu bekämpfen, wo es doch gilt, Lebensfragen des modernen Staates — wie die des von der Kirche unabhängigen Unterrichts — gegen gemeinsame Feinde im modernen Sinne durchzuführen. Für die ruhige und stetige Fortentwickelung des Liberalismus in Baden scheint uns eine Annäherung der liberalen Parteien eine unerläßliche Vorbedingung zu sein."

Ob der Hinweis auf das neue preuß. Volksschulgesetz wirken wird? Wir glauben es nicht. Aber etwas anderes ist es, ob die Nationalliberalen, in ihrem Streben, die Unterstützung der Freisinnigen und Demokraten zu gewinnen, nicht weiter nach links gehen werden. Die Zukunft wird das zeigen.

* **Karlsruhe,** 21. Jan. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Kammersitzung wurde der neugewählte Abgeordnete für Waldkirch, Herr Landwirth Josef Burger von Prechthal, durch den Präsidenten verpflichtet. Wer sich unter dem Endebauer einen Schwarzwälder Landwirth mit schwieligen Händen und wettergebräuntem Gesicht vorgestellt hatte, täuschte sich sehr. Herr Burger ist eine sympathische Erscheinung mit Brille und wohlgepflegtem Bart und läßt in seinem Aeußern durchaus keinen Unterschied von den beiden Doktoren zur Rechten und Linken erkennen. Der Herr Parteichef Dr. Kiefer hat sich, wie es scheint, sofort des parlamentarischen Neulings angenommen und denselben neben sich gesetzt, damit er die nöthigen Belehrungen empfangen kann und so vor viel Ueberlaufsgelüsten bewahrt bleibt. Auf der andern Seite sitzt der gesinnungstüchtige Oberbürgermeister von Lahr, Herr Dr. Schüßler. Mehr Aufmerksamkeiten und ein ehrenvollerer Platz sind dem Herrn Endebauer Burger wohl noch nie zu Theil geworden, ausgenommen die Zeit vor seiner Wahl. In der Generaldiskussion über das Finanzgesetz boten die Renkontre zwischen den Herren Finanzminister Dr. Ellstätter und Abg. Muser eine interessante Abwechslung zu den übrigen Finanzreden, die fast alle auf dasselbe hinausliefen. Herr Muser hielt es nämlich für angezeigt, den Finanzminister über seine Ansichten zur Abänderung des Beamtengesetzes zu interpelliren, wobei er zwar mit der ihm eigenen Verbindlichkeit, aber nichtsdestoweniger mit großer Schärfe dem Herrn Minister verschiedene Komplimente machte, die vom Regierungstisch aus alsbald wieder ihre Erwiderung fanden. Die Agitation des Herrn Abg. Muser wegen Abänderung des Beamtengesetzes bezw. Aufbesserung verschiedener Beamtenklassen, will dem Herrn Finanzminister, wie es scheint, gar nicht gefallen und die im Zuhörerraum zahlreich vertretenen Beamten, die ihre Mittagspause zu einem Besuch in der Kammer benützten, dürften von der Rede des Ministers einen Eindruck mitgenommen haben, der dem Appetit zum Mittagessen wenig förderlich gewesen sein dürfte. Wenn es dem Herrn Dr. Ellstätter nach geht, haben vor Allem die höheren Beamten nichts mehr zu erwarten, dagegen kann er zu einer entsprechenden Aufbesserung der niederen Beamten wahrscheinlich noch zu haben sein. In der maßgebenden nationalliberalen Fraktion herrscht bezüglich dieser Frage wenigstens scheinbar auch keine volle Einigkeit. Die Reden der Abgg. Wittmer und Fieser erzeugten auf der Tribüne ganz verdutzte Gesichter, während die Herren Gönner und Kiefer dem absterbenden Hoffnungsflämmchen wieder etwas Oel zugossen, indem sie vorhandene Mängel des Beamtengesetzes anerkannten und deren Abstellung als nothwendig bezeichneten. Der Abg. Gönner bedauerte in seiner Rede, daß das Beamtengesetz parteipolitisch verwerthet worden sei. Daß damit zunächst die Oppositionsparteien gemeint waren, steht für unser Einen außer Zweifel, wir glauben aber, daß trotz der Agitation Muser dieser Vorwurf die Nationalliberalen am meisten trifft; ist es doch gerade diese Partei, welche es dem Beamten geradezu zur Pflicht machen will, ihr anzugehören. Beamte, die es unter allen Umständen zu etwas bringen wollen, wird man daher bei anderen Parteien kaum finden. Der Herr Finanzminister betonte in seiner Rede, unsere Finanzwirthschaft kranke an den von den Parteien gemachten Wahlversprechungen, da werde eine Eisenbahn, dort ein Amtsgericht, eine Forstei u. s. w. versprochen. Vorsichtiger Weise fügte er hinzu, daß in dieser Hinsicht alle Parteien sündigten. Wir wollen nicht sagen, daß die Nationalliberalen allein solche Versprechungen machen, aber das läßt sich behaupten, daß ihre Versprechungen weitaus am besten ziehen, einmal, weil sie in der Majorität sind und zweitens, weil man sich durch sie auch die Gunst der Regierung zu erwerben gedenkt. Es kommt nicht selten vor, daß Gemeinden sich sagen, diesmal müssen wir noch nationalliberal wählen, weil wir vom Staat dies oder jenes wollen. Es sei in dieser Hinsicht nur an die Wahl in Rastatt erinnert, wo in dem nationalliberalen lokalen Wahlaufruf frei und frank gesagt war, Rastatt bedürfe die Unterstützung der Regierung, man dürfe also zu keiner oppositionellen Partei halten, welche die Minister stürzen wolle. Wer also etwas haben will vom Staat, der wendet sich zu den Nationalliberalen, weil man sich von den anderen Parteien nicht nur keinen Erfolg verspricht, sondern sogar fürchtet, durch sie in Ungunst bei der Regierung und damit in Schaden kommen zu können. Andere als nationalliberale Wahlversprechungen haben also gar keinen Einfluß und kommen deßhalb bezüglich der Finanzgebahrung gar nicht in Betracht. Letztere fand, abgerechnet die Rede Muser's, die allgemeine Beistimmung und manches von der nationalliberalen Seite zum Ministertisch hin gesprochene Dankeswort entschädigte den Finanzminister für die ihm von Muser gewordene Kritik. Der Abg. Fieser konnte allerdings nicht umhin, einen Theil dieses Dankes für seine Partei zu beanspruchen und unter verständnißinnigem Blick nach den Tribünen zu betonen, daß man wohl bald einsehen werde, daß diejenige Partei (nationalliberale), die in 20 Jahren Land und Finanzen so in die Höhe gebracht, allein diejenige sein könne, der auch in Zukunft Vertrauen zu schenken sei. Wir glauben nicht, daß diese Phrase sehr zieht.

Karlsruhe, 22. Jan. Der gestern vertheilte Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Kunstweins, bestimmt 6 Mark Steuer pro Hektoliter. Als Kunstweindarstellung gelten nicht: Verschnittweine, Kellerbehandlung, Weinverbesserung und Schaumweinbereitung.

Badischer Landtag.

△ **Karlsruhe,** 20. Jan.

5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Präsident Geh. Rath Serger eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstische Staatsrath Eisenlohr und Ministerialrath Buchenberger.

Das neu eingetretene Mitglied Freiherr v. Bodman wird vom Präsidenten beeidigt.

Eine Reihe neuer Petitionen sind eingegangen, deren Einlauf schon im anderen Hause mitgetheilt wurde, neu ist nur die von Gernsbach um Wiedererrichtung des Bezirksamts daselbst.

Auf der Tagesordnung steht die Begründung des Antrages des Freihern von Hornstein und Genossen: „Die Großh. Regierung möge mit allen Mitteln anregen und fördern:

a. Die Bildung von genossenschaftlichen Winzervereinen, welche von den einzelnen Rebbesitzern die fellen Trauben abnehmen, sachgemäß behandeln, so weit nöthig auch zuckern und verschneiden, um den Mißbräuchen entgegenzuwirken, die bei der Einfuhr von Trauben noch um so nachtheiliger werden können;

b. den Erlaß eines Reichsgesetzes resp. Aenderung des Nahrungsmittelgesetzes, um Gleichmäßigkeit in Behandlung dieser Frage im ganzen Reiche zu erreichen;

c. ein badisches Gesetz zur Besteuerung und Kontrole des Kunstweins und thunliche Hinwirkung auf Erlaß eines solchen in den anderen Bundesstaaten."

Freiherr v. Hornstein erklärt bei Begründung des Antrages, die im Reichstage vorgelegten Handelsverträge seien die Veranlassung desselben. Wenn die Landwirthschaft auch dabei ungünstig weggekommen, habe er doch für die Handelsverträge gestimmt, weil Industrie und Landwirthschaft in inniger Verbindung stehen. Heute handle es sich um die Weinfrage. Baden habe eine tausendjährige Weinkultur, viele Gemeinden haben dadurch Arbeitsverdienste, entweder als Arbeiter, oder als solche und Unternehmer selbst. Die Löhne und Weinpreise sind im Laufe der Jahrhunderte bedeutend gestiegen, Qualität und Quantität blieben ziemlich gleich und schlechte Weinjahre gab es auch früher wie gegenwärtig. Was er nun ausführe, betreffe nicht die Edelweine, sondern die geringen im Allgemeinen und auch die Mittelweine, in schlechten Jahren. Unser Gesetz über Verfälschung der Nahrungsmittel leide, wie Böttcher im Reichstage erklärte, hauptsächlich daran, daß es zwar die Fälschung bestrafe, aber nicht festsetze, was Fälschung sei. Dadurch kam es, daß das Gesetz verschiedentlich angewendet wurde und so wurde Baden durch gezuckerte Weine aus der Pfalz überschwemmt, während bei uns nicht gezuckert werden durfte und die Weine deßhalb unverkäuflich blieben. Auch in der Moselgegend werde gezuckert und gewässert, der Rothspohn in Norddeutschland ist Rosinenwasser, mit Zucker versetzt und mit italienischem Rothwein versetzt. Alles dies wird unter dem deutschen Nahrungsmittelgesetz verkauft und getrunken und kein Staatsanwalt mischt sich darein. Auch bei uns wurde der Seewein gezuckert und dadurch leicht verkäuflich, bald aber kamen unter dem Nahrungsmittelgesetz die großen Verurtheilungen, die Leute unterließen es und der Wein blieb unverkäuflich. Im Kanton Schaffhausen konnte der Wein gezuckert und mit ausländischen Weinen verschnitten werden, die Folge war, daß man diese Weine als Tischweine in allen Hotels der Schweiz trifft und jene Winzer ein gutes Geschäft machen, die nahen badischen Winzer gar keines, dazu komme noch die Kontrole, die manchmal etwas chikanös gehandhabt werde, weshalb der badische Besitzer auch seines Geschäftes nicht froh werden könne. Wenn er an badische Winzer Futter verkaufe und es gibt keinen Wein, erhalte er sein Geld erst 1—2 Jahre später, die Schaffhausener Weinhändler dagegen fahren per Schlitten vierspännig, wie er selbst gesehen. Ein Reichsbeamter habe allerdings im Reichstage erklärt, dies sei nur ein Ausnahmefall, in der Schweiz seien viel Fremde und diese trinken den Wein weg, das sei aber nicht richtig, denn bei uns kämen bei den zahlreichen Weintrinkern die Fremden gar nicht in Betracht. Redner verliest einen Artikel von Dr. Nessler im „Landw. Wochenblatt", aus welchem hervorgeht, daß in Frankreich der Zusatz von Zucker zur Verbesserung des Weines nicht nur erlaubt, sondern sogar befördert wird durch Rückzahlung eines Theiles der Zuckersteuer. Dieser Wein werde hauptsächlich nach Norddeutschland exportirt, noch nie habe er aber von einer Behandlung desselben gehört, wie bei unseren schwer arbeitenden Winzern. Bis jetzt werde bei uns ein Accis- und Ohmgeld von 3—5 M. erhoben; er werde zur Aenderung einen Antrag einbringen, aber es sollte auch von den importirten Weinen der gleiche Accis erhoben werden, da auch Italien trotz der Handelsverträge die Abgabe von deutschen Eiern bedeutend erhöhe. Was nun den Erlaß der gewünschten Gesetze betrifft, so erkenne er gerne an, daß solche in Vorbereitung seien. Betreffs der Bildung von genossenschaftlichen Winzervereinen verweise er darauf, daß in Frankreich bei Auftreten der Reblaus die kleineren Besitzer zu Grunde gegangen und in die Städte ausgewandert sind. Nunmehr haben die größeren Besitzer das Geschäft allein in der Hand und durch Mischung und Verschneiden mit fremden Weinen haben sie manche Marke erhalten, die bereits ausgestorben ist. Nunmehr beziehen sie ihre Verschnittweine nicht mehr von Italien, sondern aus Algier, die größeren Produzenten sind auch praktisch eingerichtet, sie machen ausschließlich das Geschäft mit Unterstützung der Regierung. Auch im Kanton Wallis geschieht die Verbesserung mit Unterstützung und Kontrole der Regierung, welche die nöthigen Einrichtungen herstellen ließ, ebenso in Tirol und zwar in Innsbruck, wo die Weine gesammelt und um bestimmten Preis verkauft werden, in Ungarn ꝛc., nunmehr wird auch in Württemberg in dieser Richtung vorgegangen. Was diese Leute können, ist auch in Baden möglich, bei der Intelligenz und Gemeinsinn unseres Volkes. Freilich wäre es nach einem guten Weinjahre leichter gewesen wie 1879. Heute sind die Winzer niedergeschlagen und ohne Geld, deßhalb müsse man sie unterstützen. Wohl sei ein solches Vorgehen nicht in allen Gemeinden nothwendig, für andere wäre es aber eine Lebensfrage, darum soll die Regierung Mittel flüssig machen und den Winzern unter die Arme greifen. Er erkenne an, was bei uns schon geschehen, es sei jetzt zu untersuchen, welche Weine sich zu Verschnittweinen eignen, auch seien die Statuten für solche Vereine auszuarbeiten und in Form von Vorträgen Belehrung zu ertheilen. Wenn die Kellereien eingerichtet sind, wird man von der Weinlese nicht überrascht und wenn es auch einen reichlichen Herbst gibt. Auch soll das Laboratorium eingerichtet sein zur Untersuchung des Weines. Den Winzern werden die Trauben abgenommen, solche mit gleichen gekeltert und der Wein unter Kontrole sachgemäß behandelt. Dazu sind Mittel nothwendig, das ist der Kardinalpunkt, worauf er die Regierung aufmerksam mache. Redner ersucht seine Standesgenossen, die Reden nicht wegen des Arbeitslohnes — oft des einzigen Verdienstes der Bevölkerung — ausstocken zu lassen. Er wünscht also die Besteuerung und Kontrole des Kunstweins, der keinen Tropfen Traubenblut hat, schädlich und unter dem Namen „Meier-Meier" bekannt ist, die Uebertragung an unsere Steuerbeamten. Ein speciell badisches Gesetz ist ihm lieber als ein Reichsgesetz, weil man im Norden behaupte, man sei doch nur mißvergnügt über solche und doch sei man in Baden reichstreuer als die Preußen. Also er wolle, daß man die Bureaukraten mit ihrem ganzen Ingrimm auf die Fabriken loslasse, nicht aber auf die Winzer. Weg mit dem Deklarationszwang wegen Zucker und Verschnitt wie in Frankreich und gleiche Behandlung unseres Weines mit dem importirten. Redner empfiehlt die Annahme seines Antrages, damit das Weingeschäft bei uns wieder aufblühe. Lieber wäre ihm aber die Abschaffung des Accises, um die lästige Kontrole der Keller abzuschaffen. Er hat in Folge seiner Anträge viele Zuschriften erhalten, auch einen Nothschrei aus der Pfalz wegen des Rosinenzolls, der nach seiner Ansicht durch eine interne Abgabe ersetzt werden sollte. Wenn auf diese Weise vorgegangen wird, dürften die Handelsverträge eine günstige Wirkung haben.

Staatsrath Eisenlohr erklärt, die mißliche Lage der Winzer beschäftigte die Regierung schon länger. Daran seien aber nicht allein die schlechten Herbste, sondern Unterlassung von Verbesserungen, schlechte Behandlung von Trauben und Wein und Kapitalmangel schuld. Aber nicht alle Kreise seien vom Vorzug der Verzuckerung überzeugt und es sind doch derartige Fälschungen vorgekommen, die eine strenge Strafe verdienten. Nunmehr seien die Staatsanwälte angewiesen, nur wie in Rheinbayern und Rheinpreußen vorzugehen und deßhalb sei eine Strafe wegen Zusatz von Zucker und Wasser ohne Deklaration kaum mehr zu erwarten. Aber Abhilfe wird erst erfolgen, wenn das projektirte Reichsgesetz in Kraft tritt, welches genau definirt, was Fälschung resp. Kunstwein ist und wovon die Grundzüge bereits bekannt sind. Daran schließt sich das bereits vorgelegte badische Gesetz über die Besteuerung und Kontrole des Kunstweines an, wie auch dasjenige über Aufhebung der Steuerfreiheit des aus fremden Trauben hergestellten Weines. Die Regierung erkenne an, daß die Winzergenossenschaften eine gute Wirkung äußeren und sie habe sich auch dafür bemüht, doch sei die Einführung in manchen Gemeinden schwierig, in anderen wirken sie bereits segensreich. Die Herstellung der Einrichtungen, wie sie Antragsteller gewünscht, seien aber sehr kostspielig und der Staat müsse sich vielleicht in Form von Prämien auf eine finanzielle Beihilfe beschränken, vielleicht könne man einmal einen Versuch machen, eine tüchtige Genossenschaft durch Vorschüsse zu unterstützen. Die Regierung werde nicht ermangeln, der Sache Aufmerksamkeit zu schenken.

Freiherr v. Bodman ist mit dem Antragsteller einverstanden, auch in Betreff der Handelsverträge, die ein großes Handelsgebiet in Mitteleuropa geschaffen. Deutschland war der führende Staat und mußte wohl deßhalb Opfer bringen. Unser Weinbau sei aber schutzbedürftig, weil der Bau unseres Weines theurer zu stehen kommt als im Süden und es steht zu erwarten, daß mehr ausländische Weine künftig bei uns angeboten und getrunken werden. Für eine glückliche Idee hält er aber die künftige Behandlung der Verschnittweine, wobei Deutschland selbst seinen Bedarf an Cognac herstellen könne. Frankreich producire seit den Verwüstungen durch die Reblaus nicht mehr seinen eigenen Bedarf und sein Export werde durch Import aus Spanien und Italien gedeckt. Unter französischen Weinen werde bis jetzt ein Getränk verkauft, das sein Dasein Rosinen und Heidelbeeren verdanke, wenn unsere Gesetzgebung es erlaubt, können nunmehr unsere leichten Weine mit schweren italienischen verschnitten werden. Dann sind unsere kleinen Weine nicht mehr unverkäuflich, sondern steigen im Preise. Unsere kleinen Winzer können aber nicht den Verschnitt vornehmen, dazu gehört Kapital und Sachkenntniß, das können nur der Großhandel und die Genossenschaften. Aber die Traubeneinfuhr findet Redner bedauerlich wegen Regelung der Weinfrage, es dürfen aber nur eingestampfte Trauben eingeführt werden und er ersucht die Regierung um sorgfältige Behandlung an der Grenze, damit die Reblaus nicht eingeschleppt werde. Für weißen Wein sei wegen des Transports der Trauben wenig zu fürchten, weil der Wein dabei durch Gährung eine andere Farbe annehme. Das Verschnittgeschäft soll hauptsächlich auf den Traubenimport gestützt werden, der Wein gehe durch Zusatz große Mengen und die dadurch entstehende Billigkeit sei aus socialen Gründen sehr empfehlenswerth und die günstigen Folgen habe der Krieg mit Frankreich bewiesen. Die gesetzgeberische Behandlung des Weins und des Kunstweins ist eine dringende Nothwendigkeit, heute werde es nicht mehr als Mangel an Rechtschaffenheit angesehen, wenn man saurem Wein Wasser und Zucker zusetzt. Hoffentlich werde dies gesetzlich erlaubt, nachdem sich die Ansicht geklärt, selbstverständlich nur, so lange sich die Weine in Gährung befinden, und daß solche Weine als Naturweine verkauft werden dürfen. Bei späterem Zusatze gelten dann die Weine als Kunstweine. Trestterweine werden in Frankreich noch heute als Weine angesehen, welchem Beispiele man folgen dürfte, da diese doch meist zu Hausdrank dienen und manche Plackereien damit vermieden würden. Dagegen soll die Herstellung von Trestterweinen von ausländischen Trauben zu Gunsten der einheimischen verboten werden und weil dies wohl nicht möglich, erfülle ihn der im andern Hause eingebrachte Antrag mit Genugthuung, welcher der Traubeneinfuhr einen kleinen Hemmschuh anlege. Betreffs des Rosinenzolles ist er der gleichen Ansicht, wie der Antragsteller und er wünscht Auskunft, warum hier keine Aenderung erfolgte. Redner erklärt, der einzelne Weinbauer stehe hilflos dem kapitalkräftigen Weingroßhandel gegenüber und darum begrüße er die Idee der Errichtung von Genossenschaften. Bis jetzt haben diese aber nur geringe Ausdehnung und geringen Bestand gehabt, weil der fertige Wein abzuliefern war, anders wird es sein bei Ablieferung der Trauben. Aber die Genossenschaften sind schwer zu gründen und zu erhalten, denn diese machen viele Mühe und erfordern große Kenntnisse, nicht nur des Leiters, sondern auch der Mitglieder. Dann werden bessere Preise erzielt, es gibt Geld, was die Leute aus den Händen der Wucherer bringt, bessere Behandlung der Reben ꝛc. Er glaube aber nicht, daß die Regierung sehr viel thun kann, wenn sie auch in jeglicher Weise zur Förderung bereit ist, die Vereine müssen als eingetragene Genossenschaften auf eigenen Füßen stehen. Aber diese Vereine werden gut thun, reinen Naturwein zu verschneiden und ihr Produkt in fähem Zustande anzubieten, weil sie Zuckerung und Verschnitt nicht gut versehen. Eine Ausnahme machen vielleicht einige Städte mit einer intelligenten Bevölkerung. Mit diesen Einschränkungen will er die Anträge unterstützen.

Geh. Hofrath Engler weist darauf hin, es habe sich bei Abschluß der Handelsverträge darum gehandelt, Italien finanziell zu kräftigen und zu einem werthvollen Bundesgenossen zu machen. Was nun den Verschnitt unserer geringen Weine betreffe, so haben letztere zu wenig Alkohol und zu viel Säure. Die italienischen Weine haben aber auch von letzterer zu viel und es werde beim Verschnitt manchmal auch ein saurer Wein zum Vorschein kommen. Deßhalb sei ein Zusatz von Wasser und Alkohol resp. Zucker nothwendig, um damit den Säuregehalt herabzudrücken. Was den Extraktgehalt der italienischen Weine betrifft, sind dieselben zum Strecken beim Verschneiden sehr günstig. Auch er will deßhalb nicht, daß das neue Reichsgesetz wegen Zusatzes von Wasser und Zucker nicht zu rigoros, sondern in vernünftigem Maße zulässig sei. Aber unsere Weinbauern können dies nicht selbst vornehmen, darum soll ihnen die Regierung die richtigen Fachleute zur Hand geben und Winzergenossenschaften errichtet werden, was beides sich vereinigen lasse, nicht dürfe man dies Geschäft den Großindustriellen überlassen. Dabei würde man eine Kunstweinfabrikation schaffen, die aller Beschreibung spottet. Er glaube aber nicht, daß der Export italienischer Weine den erwarteten Umfang annehmen wird, es werde im deutschen Reich doch zu wenig Wein konsumirt und Italien werde durch den Handelsvertrag keinen Ersatz für Frankreich finden, dazu seien wir zu arm. Redner wies darauf hin, daß bei einer Extraktbestimmung von Wein der Zuckergehalt in Abzug gebracht werden sollte. In Folge des Nahrungsmittelgesetzes würden die Linien bei Prüfung des Weines immer enger gezogen, manche Beurtheilung erfolgte nicht durch die Richter, sondern durch die Sachverständigen und es fehle daran, daß die Chemiker keine staatliche Prüfung abzulegen haben. Die Gesetzgebung des Reiches wegen Verfälschung der Nahrungsmittel bestehe aber hauptsächlich aus den früheren Bestimmungen.

Geheimer Rath Dr. v. Holst hält es für verderblich, eine vollendete Thatsache wie die Handelsverträge zu kritisiren, es handle sich wohl darum, die bestehende Aufregung in den Winzerkreisen abzuschwächen. Er glaube aber, daß die Sache schließlich zum Segen der Winzer ausfallen wird, leicht sei aber das Problem nicht zu lösen und von verschiedenen Seiten müsse eine Anzahl von Jahren zusammen gewirkt werden. So viel sei zu Tage getreten durch die Ausführungen, daß der kleine Winzer und die kleinen Winzergemeinden sich nicht helfen können, weil ihnen die Intelligenz und die Kapitale fehlen. Ein Eingreifen der Regierung könne nur in beschränktem Maße erfolgen. Beim Studium der Maffia auf Sizilien habe er gelesen, wie die ausgezeichnete Traube dorten durch Unkenntniß und Geldmangel ein schlechtes Getränk gibt. Die mangelnde Intelligenz könne nur durch den ehrlichen Großhandelsgeschäft werden, wie bei dem „Marsala", welcher Wein durch drei Firmen, dorten eine Ausnahme mache. Diese Firmen halten zusammen nach dem Grundsatze, daß sie am besten fahren, wenn der Weinbauer sein Auskommen findet. Unseren Handelsfirmen fehle es wohl noch an Intelligenz und viele suchen auch auf scheußliche Weise die armen Bauern zu drücken, wie Redner an einem Beispiele darlegte, wo eine arme Witwe in Ihringen das Pfund Trauben um 5 Pfg. hergeben mußte und wobei die Leute zum Ruin gebracht werden. Die Regierung solle sorgen, daß die Gemeinden das organisiren, was sich leicht organisiren läßt, nämlich den Verkauf der Erzeugnisse, damit der Druck dieser Weinkäufer ein Ende nimmt, weil unter einem festgesetzten Preis nicht verkauft wird. Ein großer Wald von Schwierigkeiten sei vorhanden, doch seien diese mit Geduld und ernster Arbeit zu überwinden. Die geistigen und Charaktereigenschaften, Geduld und Fähigkeiten fehlen uns nicht, das zu erreichen, was Andere erreicht. Wenn man die Sache kräftig in die Hand nehme, wird sie gewiß zu einem gedeihlichen Ende geführt, wie die Herren Freiherren v. Hornstein und v. Bodman ausgeführt. Dann wird das Vertrauen im Volke wiederkehren.

Hierauf wird die Sitzung bis 4 Uhr vertagt.

II-. **Karlsruhe,** 21. Jan.

15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Finanzminister Dr. Ellstätter sieht sich durch die Rede Muser's zur Erwiderung veranlaßt. Er selbst kann keine Garantie dafür leisten, daß die Steuerermäßigung dauerhaft sei. Das Haus müsse auch mitwirken. Unser Staatshaushalt kranke an den Wahlversprechungen und zwar aller Parteien. Insbesondere sei auch Herr Muser daran betheiligt. Er

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

glaubt, daß ähnliche Versprechungen auch bei den nächsten Wahlen wieder gemacht werden. Es sei deßhalb die Möglichkeit sehr naheliegend, daß wir in nicht allzuferner Zeit die Steuern wieder erhöhen müßten. Durch verschiedene neue und erhöhte Ausgaben habe sich der Etat verschlechtert, aber nicht mit seiner Zustimmung. Jetzt schon ergebe sich eine Verschlechterung des Etat von ca. 850,000 M., er empfehle deßhalb große Vorsicht bei Behandlung aller Ausgaben, damit man nicht wieder zur Erhöhung der Steuern schreiten müsse. Der Abg. Muser sei im Gegensatz zum Abg. Friderich nicht zufrieden mit dem Stand des Staatshaushaltes und der neuen Einrichtung. Der Abg. Muser sei ein fleißiger Mann, er reise im Lande herum und halte Reden und Vorträge, deren Qualität aber sehr zu bezweifeln sei. Gelegentlich der Diskussion werde er ihm eingehend antworten. Bezüglich seiner Angriffe auf den Etat wolle er ihm jedoch sofort entgegnen, da er einigermaßen darauf vorbereitet sei, da Muser vor einigen Tagen die gleiche Rede auch in Mannheim gehalten habe. Er verwahre sich gegen die Unterstellung, daß die Steuerermäßigung mit dem Wahlausfall in Verbindung stehe. Ferner sucht der Minister die vom Abg. Muser vorgebrachten Vorschläge bezüglich der Etatsaufstellung zu widerlegen. Unsere wirthschaftlichen Verhältnisse, sagt Redner, befänden sich in einem Rückgang, das sei unverkennbar; er schließt mit der beruhigenden Bemerkung, daß unser Etat demnächst keine Gefahren zu befürchten habe, daß aber für die Zukunft bei Festsetzung der Ausgaben mit aller Vorsicht vorgegangen werden müsse.

Abg. Frhr. v. Buol ergreift das Wort, um zunächst zu einem Hauptpunkt des Etat, zur Steuerermäßigung seine Meinung auszusprechen. Unter mancherlei Bedenken habe er für die provisorische Steuerermäßigung gestimmt, dieselben erfüllten ihn heute noch, hielten ihn jedoch nicht ab, auch für die definitive Ermäßigung zu stimmen. Insbesondere seien es die sich stets mehrenden Ausgaben auf der einen und die sich verringernden Einnahmen auf der andern Seite, die ihn bezüglich der Dauerhaftigkeit mit nicht geringen Zweifeln erfüllten. Ferner befürchte er, daß die Steuerermäßigung eine Zurückhaltung auch in der Forderung berechtigter Wünsche auferlege. Dahin gehöre ein Wunsch des von ihm vertretenen Bezirks bezüglich Fortsetzung der Sekundärbahn von Walldürn nach Amorbach. Dieselbe gründe sich auf einen im Jahre 1871 zwischen Baden und Bayern abgeschlossenen Staatsvertrag, sei also nicht mehr neu und gehöre insbesondere nicht zu den vom Herrn Finanzminister erwähnten Wahlversprechungen. Wenn er gerade jetzt wieder diese alte Forderung zur Sprache bringe, so werde er durch zwei Vorkommnisse der jüngsten Zeit dazu veranlaßt. Einmal habe die bayerische Regierung die Anfrage gegeben, die Mainkette bis Miltenberg verlängern zu wollen und zweitens habe er gehört, daß zwischen der badischen und bayerischen Regierung die Verhandlungen in dieser Sache wieder aufgenommen worden seien. Er sei der Regierung sehr dankbar, wenn sie ihm, bei geeigneter Gelegenheit darüber Gewißheit verschaffen wollte. Mit der Verlängerung der Mainkette bis Miltenberg gewinne Handel und Verkehr in jener Gegend sehr an Umfang und Bedeutung und erscheine aus diesem Grunde die endliche Ausführung des Projektes doppelt wünschenswerth. Wenn Redner trotz sehr gemischter Gefühle und einer gewissen Zurückhaltung doch der geplanten Steuerermäßigung zustimme, geschehe dies in der Voraussicht, daß bei einer eventuellen nachträglichen Erhöhung der Steuern nicht mehr die Ertrags-, sondern die Einkommensteuer erhöht werde. Das habe wenigstens eine gerechtere Vertheilung der Steuerlast auf die Schultern der leistungsfähigeren Elemente zur Folge.

Abg. Wittmer macht darauf aufmerksam, daß es sehr bedenklich sei, die ordentlichen Ausgaben stets zu vermehren. Vor 4 Jahren hatten im ordentlichen Etat die Ausgaben 91 Millionen betragen, vor 2 Jahren schon 99 Millionen und heute 115 Millionen. Das bedeute eine Zunahme in 2 Jahren um 16 Millionen. Wenn davon auch 6 Millionen, die durch das neue Lehrergesetz, der Staatskasse wieder zufließen und 2 Mill. der Eisenbahnschuldentilgungskasse zugewiesen werden, und deshalb als eigentliche Ausgaben nicht zu betrachten seien, so bleibe dennoch der namhafte Zuwachs von 8 Millionen. So könne es nicht weiter gehen. Redner tritt dann energisch den erneuten Forderungen der Beamten gegenüber. Die Herren sollten nicht immer nach oben, sondern auch einmal nach unten schauen, dorthin, wo sie vielfach hergekommen seien. Eltern und Geschwister lebten in der Regel bedeutend schlechter, als die Herren Söhne und doch seien sie zufrieden. Er gebe zu, daß manche niedere Beamte eine Aufbesserung verdienten, diese sollten sie auch bekommen. Alle andern Beamten hätten genug. In den fetten Jahren müsse man für die mageren sparen; auch die Beamten sollten sich etwas mehr an das Einschränken gewöhnen.

Abg. Hug erwidert dem Abg. Rau, daß seine (des Letzteren) Ansicht über die finanzielle Wirkung der Handelsverträge wohl daher rühre, daß unterstellt worden sei, es werden die ermäßigten Zölle auch anderen Staaten außer denjenigen, mit welchen bereits die Handelsverträge abgeschlossen seien, zugesichert. Beschränke man die finanzielle Wirkung der Handelsverträge auf Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien, so werde der Ausfall an Zolleinnahmen wohl mit 17 Mill. hinlänglich berechnet sein. Dehne man aber die Berechnung aus auch auf jene Staaten, welche den Vortheil der sogenannten Meistbegünstigungsklausel genießen, so könne sich der Ausfall an Zolleinnahmen allerdings bis zu 35 Mill. erhöhen. Im Uebrigen sei es überhaupt äußerst schwierig, die Wirkungen der Handelsverträge zu überschauen, auch dem scharfsichtigsten Nationalökonomen werde es unmöglich sein, auch nur ein annähernd richtiges Urtheil zu fällen.

Wenn Abg. Rau wünsche, daß bezüglich der Tilgung der Eisenbahnschulden von dem Zeitpunkt an ein langsameres Tempo eingehalten werde, von welchem die Nothwendigkeit des Staatszuschusses hinwegfalle, so müsse er entgegnen, daß dieser Zeitpunkt noch sehr ferne liege und daß die Frage darüber, ob die Tilgung der Eisenbahnschulden verlangsamt werden solle, wenn man sie mit dem Staatszuschuß in Beziehung bringe, wohl erst nach einer Reihe von Budgetperioden praktisch werde. Bis dahin könnte wohl der Streit über das Maß der Schuldentilgung vertagt werden. Redner ist überhaupt der Ansicht, daß in Baden, wo das System des Staatsbahnbaues und Betriebes herrschend sei, die Eisenbahnen ähnlich wie die Staatsstraßen ohne Schuldenaufnahme hätten gebaut werden können, er wolle zwar den Vorfahren keinerlei Vorwurf machen, aber wenn man im Jahre 1839/40, wo der Bau der Staatsbahnen begonnen habe, von ähnlichen Grundsätzen geleitet worden wäre, wie jetzt, so hätte man das zum Bahnbau erforderliche Kapital um so leichter im Wege der Besteuerung aufbringen können, als in den vierziger und fünfziger Jahren die Steuern und Umlagen ungleich geringer gewesen seien, als gegenwärtig und die Steuerkraft des Volkes weniger in Anspruch genommen war. Mit Bezug auf eine Aeußerung des Abg. Muser bemerkt Redner, daß der Ausfall an Einnahmen aus direkten Steuern, die in Folge der Steuerermäßigung entstehe, verschieden sei, je nachdem man die Steuerkapitalien vom Jahre 1891 oder vom Jahre 1889 zu Grunde lege.

Zur Betrachtung des Budgets übergehend hebt Redner hervor, daß die **formale** Gestaltung des Budget's, die äußere Anordnung und Gliederung des Stoff's sich als zweckmäßig erwiesen und die Berathung des Budgets erleichtert habe. Die jetzige Form des letzteren sei zum zweiten Mal in Anwendung gekommen; im vorigen Budget sei sie erstmals eingeführt worden und habe viele Schwierigkeiten mit sich gebracht, aber nachdem die Uebergangsperiode überwunden sei, erweise sich die neue Form als sehr praktisch. Auch in Folge der Einführung des Beamtengesetzes sei die Prüfung des Budgets wesentlich erleichtert worden, indem sich dieselbe bezüglich des Gehaltsetats hauptsächlich auf die Veränderungen in der **Zahl** der etatsmäßigen Beamten zu erstrecken habe, während die Untersuchung darüber, ob die Voraussetzungen zur Einreihung der Beamten in die bezügl. Rubrik und Abtheilung der Gehaltsordnung und zur Bewilligung von Gehaltszulagen rc. rc. erfüllt seien, der Großh. Oberrechnungskammer obliege. Erwünscht wäre, wenn von Großh. Regierung jeweils dem Budget eine Anlage beigegeben würde, welche über den gesammten Aufwand für Gehalte und über die Zahl der etatsmäßigen Beamten, nach Ressorts geordnet, Aufschluß gebe.

In materieller Beziehung bemerkt Redner, daß das Budget für 1892/93 im ordentlichen Etat eine Einnahme von 109 und eine Ausgabe von 114 Millionen Mark nachweise, sonach mit einem nominellen Deficit von 5 Millionen abschließe, daß jedoch nach den seitherigen Erfahrungen und mit Rücksicht auf die vorsichtige Einstellung der Einnahmen zu hoffen sei, es werde in der laufenden Budgetperiode im ordentlichen Etat nicht nur kein Deficit eintreten, sondern sich sogar ein Betriebsüberschuß ergeben, der das nominelle Deficit und einen erheblichen Theil der außerordentlichen Ausgaben decke.

Abg. Fieser steht auf dem Boden der Herren Hug und Friderich. Mit dem Herrn Muser ist auch er der Ansicht, daß bei Aufstellung der Einnahmen in's Budget mit etwas zu großer Vorsicht bisher vorgegangen worden sei, zumal ja manche Steuern nachweislich seit einer Reihe von Jahren stets eine Zunahme bemerken ließen. Das badische Budget bewege sich zwischen zwei Polen, auf die wir nicht oder nur sehr wenig einwirken konnten, nämlich dem Reich und dem Eisenbahnerträgniß. Beide seien unzuverlässig und unberechenbar. Redner hält es nicht für unmöglich, daß die Ueberschüsse aus der Reichskasse aufhören. Von dem Abg. Muser behauptet Redner, daß er sich als Parteichef zwischen zwei Mühlsteinen befinde; auf der einen Seite habe er Versprechungen bezüglich der Beamtengehälter gegeben und auf der anderen müsse er sich doch auch mit der Steuerermäßigung abzufinden suchen. Das Verhalten der Beamten sei ungerecht und undankbar.

Abg. Müller ist mit dem Stand unserer Finanzen und der Führung des Staatshaushaltes vollständig zufrieden und glaubt, daß wir der Zukunft getrost entgegen gehen können.

Abg. Dr. Kiefer weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich der Aufstellung eines Beamtengesetzes entgegenstellen und gibt zu, daß Manches an dem Gesetz einer Reorganisation bedarf.

Abg. Gönner findet die vom Finanzminister bei Aufstellung des Budget angewendete Vorsicht zu weit gehend und glaubt, daß er Forderungen gegenüber, die sich auf das Wohlwollen des Volkes beziehen, etwas weitherziger sein sollte.

Nach weiteren Auseinandersetzungen der Herren Finanzminister Dr. Ellstätter und Abg. Muser und einer kurzen Rede des Abg. Klein-Wertheim wird um halb 2 Uhr die Sitzung geschlossen.

II. **Karlsruhe,** 22. Januar.

16. öffentliche Sitzung, eröffnet durch Präsident Lamey 9½ Uhr.

Tagesordnung: die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Kiefer im Bezirk Eberbach-Buchen (52. Wahlbezirk). Am Ministertisch Staatsrath Eisenlohr. Die Tribünen, Hof- und Diplomatenlogen sind dicht besetzt.

Abg. Bassermann erstattet Bericht über das Ergebniß der in Sachen obgenannter Wahl gepflogenen Untersuchungen und wiederholt nochmals den s. Z. von 23 Wahlmännern eingereichten Protest, in welchem gesagt wird, daß Bürgermeister Münch von Friedrichsdorf nicht aus freiem Willen, sondern in Folge Beeinflussung seine Stimme auf Herrn Kiefer abgegeben habe. Bekanntlich wurde letzterer mit einer Stimme Majorität gewählt. Bürgermeister Hoffmann von Schönbronn fragte gelegentlich den Münch, ob er wieder liberal wähle, worauf dieser sagte, er müsse diesesmal mit der andern Partei gehen, da eine Kapelle gebaut werden solle, für die von Freiburg viel geschehen sei; wenn er liberal wähle, werde nichts mehr gethan und die Kapelle könne dann nicht gebaut werden und er bekomme den Vorwurf der Gemeinde. Das nächste Mal wolle er wieder liberal wählen. Zu Rathschreiber Heß von Schönbrunn, den Herren Müller und Döhne von Eberbach, sowie dem Oberamtmann Hirsch(?) gegenüber erklärte er ungefähr dasselbe, ebenso den Herren Sigmund und Knecht von Eberbach. Bürgermeister Münch habe selbst zugegeben, daß er obige Aeußerungen gethan habe; auch sei es wahr, daß er mit den Nationalliberalen zu Mittag gegessen und in das Hoch auf diese Partei eingestimmt habe. Dagegen behaupte er sonst: er habe nicht in Folge von Beeinflussung durch die Kurie anders gewählt, sondern weil Bürgermeister Knecht von Eberbach gesagt habe, die Friedrichsdorfer Arbeiter verdienten genug, sie brauchten nicht mehr. Allerdings habe er es auch für seine Pflicht gehalten, Alles zu thun, was dem Kapellenbau förderlich sein könnte. Die Unterstellung, als habe er deswegen für das Centrum gewählt, müsse er zurückweisen. Seine Aeußerungen habe er nur Nationalliberalen gegenüber gemacht. Weitere Zeugen bestätigen, Münch habe gesagt, die Nationalliberalen gefielen ihm nicht mehr, den Knecht wähle er nicht mehr wegen seiner Arbeitsrede. Es seien ihm alle Parteien recht außer den Nationalliberalen und Socialdemokraten. Den ihn wegen seiner Abstimmung bedrängenden Nationalliberalen sagte Münch, sie sollten doch sehen, daß sie einen Andern umstimmen könnten, er wolle selbst 50 M. dazu hergeben. Münch ist auch zu der am 16. September abgehaltenen Centrums-Vertrauensmänner-Versammlung gewesen, in der er freiwillig die Erklärung abgab, daß er für das Centrum abstimmen werde.

Bezüglich des an Münch abgesandten Telegramms erklärt Domkapitular Knecht, die Auszahlungen seien in Folge Krankheit verzögert worden, auch seien alle Auszahlungen zu gleicher Zeit gemacht worden; aber nur dem Bürgermeister Münch habe er die Absendung der Gelder telegraphisch mitgetheilt. Von Politik habe er mit Münch niemals gesprochen; auch habe ihn Niemand geboten, auf Münch einen Einfluß auszuüben.

Das Ergebniß der Untersuchung wird dahin festgestellt, daß Münch dem Herrn Kiefer seine Stimme gegeben, ferner daß er die im Protest enthaltenen Aeußerungen gethan und endlich sei die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß Münch nicht freiwillig, sondern in Folge einer direkten oder indirekten Beeinflussung Kiefer gewählt habe. Münch habe nicht die moralische Qualität, die ein Wahlmann besitzen müsse, indem er zwei Stimmen durch die Rücksicht auf seinen oder seiner Gemeindeantheil habe beeinflussen lassen. Die Kommission stelle daher den Antrag auf Kassierung der Wahl Kiefer's und Anordnung einer Neuwahl und zwar auch der Wahlmänner von Friedrichsruh.

Die Sitzung dauert fort.

Kleine badische Chronik.

Durlach, 21. Jan. Vor einigen Tagen erhängte sich der wegen Diebstahl im hiesigen Amtsgefängniß in Untersuchungshaft sitzende hiesige ledige Wilhelm Rammser von Au.

Mannheim, 21. Jan. Im Neckar hat sich das Treibeis gestellt.

?? **Mannheim,** 20. Jan. In heutiger von halb 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends dauernden Sitzung des Schwurgerichts wurde der Schuhmacher Michael Reiter von Augkofen, königl. bayer. Gerichtsbezirk Pfaffenhofen a. M., zum Tode verurtheilt. Der Andrang des Publikums war ein ungeheurer. Der Angeklagte, ein Mann, der schon mit 18 Jahren mit dem Zuchthaus Bekanntschaft machte, leugnete hartnäckig trotz des erdrückenden Beweismaterials, welches darlegte, daß der Angeklagte, sich als Viehhändler ausgebend, den Wirth und Metzger Dühmig von Buxthal mit einer Pistole erschoß und beraubte. Im Auftrage Großh. Justizministeriums wohnte Ministerialrath v. Jagemann der Verhandlung an.

Sinsheim, 19. Jan. Gestern Nachmittag halb 4 Uhr stürzte der erst kurz vorher von einer Schlittenfahrt heimgekehrte Friedrich Beck, Dienstknecht bei Karl Hockenberger in Kirchardt von dem Scheuergebälke auf die Tenne herab und verletzte sich derart, daß er heute Morgen halb 4 Uhr seinen Geist aufgab. Die Häufigkeit derartiger Unglücksfälle enthält eine ernste Mahnung an die Landwirthe, doch endlich zum Schutze ihres und ihrer Hausgenossen Lebens geeignete Schutzvorrichtungen anzubringen.

Vermischte Nachrichten.

** Koblenz, 21. Jan. Starker Eisgang im Rhein und der Mosel. Die Schiffbrücke ist abgefahren, die Schifffahrt eingestellt.

** München, 20. Jan. Es kracht noch immer weiter, und leider handelt es sich in sehr vielen Fällen nicht um einfache Zahlungsschwierigkeiten und Konkurse, sondern um die gemeinsten Betrügereien. Die Geschichte des Millionendefraudanten Pinfisch von der Pester Vaterländischen Sparkasse und des protestantischen Pastors Müller aus dem Oldenburgischen, welcher 200,000 Mk. unterschlug, ist in der ganzen Presse hinreichend besprochen worden. Der Bankier Knolle in Hildesheim mußte auch wegen Unterschlagung von Depots verhaftet werden. Der Bankier Eugen Pfleiderer in München ist flüchtig und wird wegen einer ganzen Reihe von Delikten (Unterschlagung von Depots, Wechselfälschung, Kautionsschwindel, Unterschlagung von Vereinsgeldern) verfolgt. In Kopenhagen ist der Bankier Green nach Verübung ausgedehnter Betrügereien durchgebrannt, jedoch inzwischen in London verhaftet worden. Der Bankier Fenzi in Florenz, dessen Millionen-Bankerott wir bereits mittheilten, wird zahlreicher Unterschlagungen beschuldigt. Der Kassierer des Hauses Fenzi, der vor einigen Jahren mehrere Millionen unterschlug, hat sich kürzlich im Gefängniß erhängt. In Paris hat der Hotelkassierer Werner 400,000 Fr. unterschlagen. Wir kommen nun zu den einfachen Konkursen und Insolvenzen in der hohen Finanz. Mit 1½ Mill. Defizit fallirte die Firma Allmann und Sohn in Bingen, mit einer halben Million die Firma Moses in Lauterburg, gleichfalls mit einer halben Million Simons Söhne in Koburg. In Schrimm im Posen'schen hat die Spar- und Wechsel-Darlehenskasse fallirt. In Hanau ist das Haus Zenner mit bedeutenden Passiven insolvent geworden. Zwei große Konkurse in Italien, der von Parmaggiani und Guizzardi in Ferrara und der von Alberto Dalgo in Florenz, haben viele kleinen Leute hart betroffen, die Passiven betragen in beiden Fällen eine halbe Million. Der Konkurs des Bankhauses Frankfurter in München ist durch einen Akkord beglichen, auch die Zahlungseinstellung des Bankhauses Max Haymann in Regensburg wird auf diesem Wege geregelt. Die fallite Exportbrauerei Kloster Langenheim kommt am 8. Febr. unter den Hammer. Im Konkurs der Aktiengesellschaft Karpfenbräu in Augsburg betragen die Passiven gegen 100,000 Mk. In Altersberg bei Nürnberg hat die Siegert'sche Drahtfabrik (150 Arbeiter) fallirt.

Lokales.

Karlsruhe, 22. Januar.

= **Die Centrumsfraktion des Landtages** feiert den Todestag ihres früheren Mitgliedes, des sel. Dekan Förderer, am nächsten Samstag durch ein Requiem, das Vormittags 9 Uhr in der Vincentiuskapelle abgehalten wird.

= **Instrumentalverein.** Der Instrumentalverein hielt vorgestern Abend im Cafe Nowack eine Abendunterhaltung mit Tanz ab, bei welcher sich von den Solisten besonders Frl. Bergmann als Sängerin und die Herren Baer, Kiefer, Risch und Groß als angehende Musiker auszeichneten.

= **Konzert.** Zur Feier des Geburtstages Franz Schubert's am 31. Januar wird Herr Konzertsänger A. Römhildt von hier und Frau Julia Uzielli, eine geborene Italienerin, einen Liedercyklus dieses berühmten Komponisten, „Die Winterreise", eine Komposition, wie sie in der Liederliteratur nicht wieder zu finden ist, geben. Man sieht in Musikkreisen dem Konzerte, welches voraussichtlich im Museumssaale abgehalten werden wird, mit Spannung entgegen.

⊕ **Jubiläumsgartenbauausstellung April 1892.** Auf Allerhöchste Veranlassung Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin werden die von dem unterzeichneten Hauptausstellungsausschuß s. Z. bekannt gegebenen besonderen Ausstellungsbedingungen für die Abtheilung P. des Hauptprogramms: „Blumenpflege im Haus und Familie", in folgenden Beziehungen erweitert beziehungsweise abgeändert: 1. Innerhalb der Abtheilung P des Hauptprogramms wird eine Unterabtheilung eröffnet, welche zur ausschließlichen Beschickung durch Frauen und Jungfrauen, sowie durch Schülerinnen und weibliche Zöglinge von Unterrichts- und Erziehungsanstalten bestimmt ist. Die in dieser Unterabtheilung zur Ausstellung gelangenden Gegenstände konkurriren ausschließlich unter sich. Der Wettbewerb bleibt wie innerhalb der ganzen Abtheilung P auf Angehörige des Großherzogthums Baden beschränkt. 2. Zur Ausstellung können gelangen alle Pflanzen, welche im Zimmer oder im Hausgarten gezogen werden in einem oder mehreren Exemplaren (siehe das unten folgende Verzeichniß), ferner Blumentische, Aquarien, Terrarien, Tafeldekorationen, Blumenaufsätze, gefüllte Fruchtschalen u. dgl. 3. Die Ausstellungsgegenstände für diese Unterabtheilung sind längstens bis 1. März 1892 an den Hauptausschuß z. Hd. des Herrn Hofgärtner Gräbener in Karlsruhe anzumelden, von dem auch Anmeldeformularien bezogen werden können. Mit der Anmeldung ist der glaubhafte Nachweis zu erbringen, daß die angemeldeten Pflanzen jedenfalls seit 1. Januar 1892 im Besitze der Ausstellerinnen gewesen sind, und daß die Behandlung und Pflege der Pflanzen ausschließlich durch die Ausstellerinnen besorgt wurde. 4. Ueber die Zeit der Einlieferung und der Ausstellung der Ausstellungsgegenstände wird jeder Ausstellerin s. Z. besondere Mittheilung zugehen. Die Aufstellung wird durch die Platzkommission besorgt werden. 5. Für die besten Leistungen werden Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin Ehrenpreise aussetzen, über deren Anzahl Allerhöchsten Orts, nachdem der Umfang der Betheiligung an diesem Theil der Ausstellung bekannt geworden ist, Bestimmung getroffen werden wird. 6. Als Pflanzen, welche sich zur Ausstellung eignen, können bezeichnet werden: Orchideen, im Zimmer kultivirt, Palmen, Dracänen, Fikus, Blatt-Begonia, Zimmer-Farrne, Aralia Sieboldi, Aspidistra, Knollen-Begonia, eine Cacteen-Einzelpflanze, ein Sortiment Cacteen, ausschließlich Epiphyllum, Epiphyllum, Agave, sonstige Fettpflanzen, Kamelien, Azaleen, Rhododendron, Amaryllis, Clivia, Philodendron, Fuchsien, Heliotrop, Skarlet-Geranium, englische Geranium, Epheu-Geranium, Lorbeerbäumchen, Orangen- und Citronenbäumchen, Myrthen, Hortensien, Reseden, Primel, blühende Nelken, Levkojen, Goldlack, Stauden, Schlingpflanzen, blühende Freilandpflanzen, wie: Penser, Myosotis, Aurikeln u. dgl., hier nicht aufgeführte Blattpflanzen des Warmhauses; ferner hier nicht aufgeführte Blüthenpflanzen des Warmhauses, hier nicht aufgeführte Blattpflanzen des Kalthauses, hier nicht aufgeführte Blüthenpflanzen des Kalthauses, Tafeldekorationen aus getrocknetem Material, Tafeldekorationen aus lebendem Material. Indem wir zu einer recht umfangreichen Betheiligung an dieser Ausstellung hiermit freundlichst einladen, ersuchen wir die im Inland erscheinenden Blätter, durch Abdruck der vorstehenden Bekanntmachung deren Bekanntgabe in weiteren Kreisen herbeizuführen. Karlsruhe, den 12. Januar 1892. Der Hauptausschuß für die 1892er Jubiläumsausstellung.

— **Hofschauspieler Karl Weiser,** früher am Karlsruher Hoftheater engagirt und jetzt Mitglied des Meininger Hoftheaters, hat in einer Meininger Badeanstalt einen Selbstmordversuch gemacht. Er hat 5 Revolverschüsse auf sich abgegeben, von denen zwei ihn erheblich aber anscheinend nicht lebensgefährlich verletzten.

= **Einbruch.** Gestern wurde in einem Hause der Durlacherstraße im zweiten Stocke eines Hauses eingebrochen, ein Schrank aufgerissen und ein Sparkassenbuch und noch Anderes gestohlen. Man hofft den frechen Dieb zu erwischen.

= **Unterschlagung.** Der Wechsler Wilhelm Heck von Wurmersheim, A. Rastatt, nahm einer Frau (Wittwe) im harmlosen Gespräche den Ehering ab, steckte ihn an den Finger und ging damit fort. Als die Frau später ihr Eigenthum verlangte, gab Heck an, er habe den Ring verloren (er soll ihn versetzt haben). Auf Anzeige der Frau wurde der Bursche wegen Unterschlagung eingesperrt.

= **Streit.** In Mühlburg wurde ein dortiger Einwohner Blappert von zwei Männern, mit denen er noch vorher im Wirthshause kneipte, auf dem Heimwege überfallen und angeblich ohne Grund zu Boden geworfen und durchgeprügelt, wobei ihm sein Stock vollständig zerbrochen wurde; der Fall wurde angezeigt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Jan. Die Verhandlungen mit den ehemals Reichsunmittelbaren wegen der Entschädigung für ihre bisherige Steuerfreiheit sollen der „Kreuzzeitung" zufolge nicht gescheitert sein, sondern sich nur verzögert haben. Erst in den letzten Tagen sind positive Vorschläge zu einem Abkommen getroffen worden, deren Ergebniß noch aussteht.

Rom, 22. Jan. Der Papst empfing gestern Rampolla, Mocenni, Persico und erledigte die laufenden Geschäfte. Er hütet wegen der ungünstigen Witterung aus Vorsicht das Zimmer, verbrachte jedoch mehrere Stunden außer Bett.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 21. Jan. Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes. Anwesend waren 9 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 56, 60 Pfg., Rindfleisch 60, 64, 66, 68 Pfg., Schweinefleisch 64, 66, 68 Pfg., Kalbfleisch 64, 66, 68 Pfg., Hammelfleisch 60, 70 Pfg. — Marktpreise in der Woche vom 16. bis 21. d. Mts.: Viktualien: Fleisch: 500 Gramm Ochsen 64, 72 Pfg., Rind 64, 68 Pfg., Hammel 60, 70 Pfg., Schweine 64, 68, geräuchert 85 Pfg., Kalb 64, 68 Pfg.; Brod: 450 Gr. weißes 20, 1400 Gr. schwarzes 40 Pfg.; Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20 Pfg., 1 Liter Erbsen 18 Pfg., Bohnen 18 Pfg., Linsen 30 Pfg., 500 Gr. Reis 32 Pfg., Gerste 28 Pfg., Grieß 24 Pfg., 50 Kilo Kartoffeln 3.20 Mk., 500 Gramm Butter 1.10 Mk., Rindschmalz 1.20 Mk., Schweineschmalz 85 Pfg., 1 Liter Milch 18 Pfg., 6 Stück Eier 54 Pfg., 1 Liter saurer Rahm 80 Pfennig.

Mannheim, 21. Jan. (Produktenbörse.) Weizen per März 21.65, per Mai 22.05, Roggen per März 22.15, per Mai 22.25. Hafer per März 14.85, per Mai 15.60. Mais per März 13.—, per Mai 12.05. Tendenz: behauptet.

Mannheim, 21. Jan. (Produktenbörse.) Weizen pfälzer n. 24.——.—, norddeutscher 24.75—25.—, russ. Saxonska 25.——.—, Azima 24.75—25.—, Girka 24.50 bis 25.—, Taganrog 24.25——.—, amerik. Winter 24.50 bis —.—, rumänischer 24.50—25.—, Theodosia ——.—, Kernen 24.50 —.—. Roggen pfälzer 23.——.—, russischer 23.——.—. Gerste hiesige Gegend 17.25—17.50, pfälzer 18.——18.50, ungarische —.——.—. Hafer badischer 14.75 bis 15.25, norddeutscher —.——.—, russischer —.——.—. Mais amerik. mixed 15.50——.—, Donau 15.50—16.—. Kohlreps deutscher neuer 22.——.—. Leinöl mit Faß 47.——.—. Rüböl mit Faß 72.——.—. Petroleum mit Faß fr. mit 20 pCt. Tr. 22.75——.—. Weizenmehl Nr. 00 38.50, Nr. 0 36.50, Nr. 1 34.50, Nr. 2 33.50, Nr. 3 32.50, Nr. 4 30.—. Roggenmehl Nr. 0 36.50, Nr. 1 33.—. Tendenz: Getreide ziemlich unverändert.

Mannheim, 21. Jan. (Viktualienmarkt.) Kartoffeln per Ctr. 4.——4.50 Mk., per Pfund 4—5 Pfg.; Eier per Hundert 6.——7.50 Mk., per Stück —— Pfg.; Butter per Pfund 1.——1.20 Mk.; Aepfel per Ctr. 12.——15.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Birnen per Ctr. 15.——20.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Zwiebeln per Pfund 7—8 Pfg.; Sellerie per Kopf 8—12 Pfg.; Kirschen per Pfund — Pfg.; Gurken per Stück — Pfg.; Spargeln per Pfund — Pfg.; Bohnen per Pfund — Pfg.; Weißkraut per Kopf 12 bis 15 Pfg.; Rothkraut per Kopf 15—25 Pfg.

Mannheim, 21. Jan. (Strohmarkt.) Wiesenheu per Ctr. 2.80—3.— Mk., Kleeheu per Ctr. 3.20—3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—2.80 Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

Mannheim, 21. Jan. (Fischmarkt.) Bräsen per Pfund 40 Pfg., Hecht per Pfund 1.30 Mk., Barsch per Pfund 60 Pfg., Aal per Pfund 1.— Mk.

§ **Ettenheim,** 20. Jan. (Marktbericht.) Weizen per 2 Ctr. 24.20, 24.—, —.— Mk., Halbweizen 22.50, —.—, —.— Mk., Roggen 20.50, —.—, —.— Mk., Gerste 18.50, —.—, —.— Mk., Hafer 16.50, —.—, —.— Mk., Welschkorn 20 Liter 14.50, —.—, —.— Mk., Butter per Pfund 0.80 Mk., Eier 10 Stück 70 Pfg.

Villingen, 19. Jan. 50 Kilo alte Kernen —.—, neue 11.18, Weizen 10.58, Hafer alter 0.—, neuer 7.—, Gerste 0.—, Weesen 0.—, Mischfrucht 7.40, 20 Liter neue Kartoffeln 1.20, 50 Kilo Wicken —.—, Esparsette —.— Mk., Bohnen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

7.80, ½ Kilo Mehl 1. Sorte 24, 2. S. 26, 3. S. 22 Pfg., 50 Kilo Kleie 6.— Mk., ½ Kilo Weißbrod 17, Schwarzbrod 16, Rindfleisch 65—68, Kalbfleisch 70——, Hammelfleisch 54——, Schweinefleisch 60—66 Pfg., 50 Kilo Heu 2.20—0, Stroh 2.———, 1 Ster Buchenholz 9.50, Eichen 6.—, Weißholz (Tannen) 6.30 Mk., 10 Eier 75, ½ Kilo Butter 80—82 Pfg.

Hamburg, 21. Jan. Kaffee good aver. Santos per Januar 68¼, per Februar 66¾, per März 65—, per April 63¾, per Mai 62¾, per Juni 61¾, per Juli 61½, per August 61¼, per September 61—, per Oktober 60—, per November 59¾. — Rübenzucker: I. Produkt Basis 88%, Rendement, neue Usance, frei am Bord Hamburg, per Januar 14.75—, per März 14.97½, per Mai 15.25—, per August 15.50—.

Havre, 21. Jan. Kaffee. Santos good aver. per Januar 84.75, per Februar 83.—, per März 81.75, per April 80.—, per Mai 78.25, per Juni 77.—, per Juli 76.75, per August 76.50, per September 75.—, per Oktober 74.75, per November 74.50, per Dezember 74.—, per Januar —.

Frankfurt, 21. Jan. Die günstige Grundstimmung, welche, laut „F. Z.", auch heute auf dem Spekulationsmarkt herrschte, erstreckte sich hauptsächlich auf Bankpapiere, welche ihre Aufwärtsbewegung fortsetzten. Die Ansichten über die Dividendenerklärungen haben in der letzten Zeit eine optimistische Färbung angenommen und die Contremine schreitet zu weiteren Deckungen. Dagegen suchte sie sich heute an Montanpapieren schadlos zu halten, indem sie auf Kohlenwerthe in zweiter Börsenhälfte einen Angriff versuchte, der die anfänglich erhöhten Preise einigermaßen herabdrückte. Die Diskontoermäßigung der Bank von England machte günstigen Eindruck. Oesterr. Bahnen fest aber ruhig, Schweizerbahnen belebt, Central und Nordost steigend. Ausländische Staatsfonds günstig, besonders Ungarn und Italiener, dagegen Portugiesen sehr flau auf die Westmärkte. Deutsche Bahnen setzten ihre Aufwärtsbewegung nicht weiter fort. Schluß ruhig.

Deutsche Anti-Sklaverei-Lotterie. 2. Klasse. Bei der am 19. Jan. fortgesetzten Ziehung fielen 1 Gewinn von 125,000 Mk. auf Nr. 124368. 1 Gewinn von 100,000 Mk. auf Nr. 69091. 1 Gewinn von 50,000 Mk. auf Nr. 147561. 4 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 132238 159896 169958 179874. 8 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 69281 71676 119882. 10 Gewinne von 2000 Mk. auf Nr. 10250 13795 24489 65058 70414 85728 161864 128728 134029 170694. 15 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 6039 14749 37576 49615 71652 78769 82469 91128 109380 117786 124808 125620 126945 164588 188822. 40 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 4679 13886 22417 24155 25587 26306 29515 33101 33810 36621 39630 56424 58628 60555 76216 78920 80709 80881 86385 87924 99197 99216 99940 101190 102068 108423 116879 119580 121162 122705 140644 155945 156069 157574 161758 16857· 169938 170642 184543 198810. (Ohne Gewähr.)

Badisches 4% Eisenbahnanlehen von 1880. Verloosungen am 9. Dez. 1891. Zahlbar am 1. Juli 1892, vom 2. Jan. 1892 ab bei der Großh. Badischen Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zu Karlsruhe, den Badischen Staatskassen, M. A. Rothschild & Söhne zu Frankfurt a. M. und der Diskonto-Gesellschaft zu Berlin. Lit. AA, A, B, C, D, E à 3000, 2000, 1000, 500, 300, 200 Mk. 18 58 77 345 357 898 498 808 834 864 910 961 1055 1148 1242 1317 1441 16 6 1705 1796 1851 2287 2370 2582 2696 2928 2936 2951 2966 2981 3040 3253 3334 3534 3539 3587 3611 3822 3846 3871 4185 4299 4426 4471 4569 4864 4809 4939 5206 5380 5381 5484 5698 5787 5818 5852 5865 5925 5942 5950 5975 5985 6141 6198 6243 6340 6410 6449 6464 6754 6783 6807 6864 6870 7209 7430 7489 7522 7706 7728 7858 7859 7979 8144 8277 8310 8317 8372 8440 8587 8621 8640 8704 8913 8987 9216 9236 9245 9411 9664 9722 9900 10306 10456 10565 10694 10701 11403 11446 11520 11660 11698 11748 11910 11958 121998 12275 12280 12364 12369. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheschließungen: 21. Jan. Friedrich Kraut von Hohenwettersbach, Stationsmeister hier, mit Luise Wiedmann von Engstatt. — Joh. Schuh von Kirchenkirnbach, Metzger hier, mit Apollonia Hellmann von Rülzheim.

Geburten: 18. Jan. Margaretha, Vater Max Serger, Assistent. — Anna Karolina, Vater Karl Bäuerle, Schlosser. — 20. Jan. Sigmar, Vater William Ginsburg, Kaufmann.

Todesfall: 20. Jan. Marie Stürk, Industrielehrerin, ledig, alt 25 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Gustav Mutter, prakt. Arzt, 68 J. — Margaretha, geb. Jenn, 36 J., Ehefrau des Realschrers Heinrich Rupp.
Allmannsdorf: Wendelin Kopp, Schweinehändler.
Heidelberg: Elise Otto, geb. Keuser, 47 J.
Waldshut: Konrad Hildenbrand.
Wiechs: Anna Maria Schaubhut, geb. Knoll, 78 J.

Verlag der Jos. Kösel'schen Buchhandlung in Kempten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, in Freiburg durch die Literarische Anstalt und in Karlsruhe durch deren Agentur, Herrenstr. 34.

Katechetische Blätter.

Zeitschrift für Religionslehrer.
Zugleich Korrespondenz-Blatt des Canisius-Katecheten-Vereines.
Herausgegeben und redigirt von Fr. Walk, Pfarrer.

Jährlich 12 Hefte in 4° à 2 Bogen kart. Preis pro Jahrgang M. 2.40, incl. frankirter Einzel-Zusendung M. 2.80.

Die „Katechetischen Blätter" sind das älteste katechetische Spezial-Organ Deutschlands und Oesterreichs und enthalten eine reiche Fülle vorzüglichen katechetischen Materiales. Das erste Heft des 18. Jahrganges (1892) ist erschienen und steht überallhin zur Probe zu Diensten. Die noch vorhandenen 10 Jahrgänge 1882—91 können, so lange der geringe Vorrath noch reicht, zum ermäßigten Preise von M. 10.— (statt M. 24.—) nachbezogen werden.

Für die Pfarrkirche in **Messelhausen**, Amt Tauberbischofsheim, soll eine

neue Orgel

mit 14 Registern — 2 Manuale — angeschafft werden.

Bewerbungen mit Kostenüberschlag und Disposition sind binnen drei Wochen anher einzureichen. 2.1

Messelhausen, 20. Januar 1892.

Der kath. Stiftungsrath.

Sebastian Münich,

Tapezier, Hirschstraße 12,

empfiehlt sein Lager in Holz- und Polstermöbeln, Roßhaaren, Bettfedern, Barchent, Drill, farbigen und Tüllgardinen, Vorhangstangen, Rouleaux.

Lieferung ganzer Ausstattungen. Umarbeiten von Betten und Polstermöbeln.

Nur reelle Bedienung bei billigen Preisen. Je nach Wunsch mit günstigen Zahlungsbedingungen. 1

Guter Verdienst!

Freiburger Dombauloose.

Agenten und Wiederverkäufer sich wenden an **Carl Bregenzer, Karlsruhe, Hauptcollecteur.**

J. Oehler.
Stempelfabrik & Buchdruckerei
Karlsruhe

Grösste Leistungsfähigkeit:
Binnen 2 Stunden
gelangen eingegangene Bestellungen bei mir zum Versandt.
Stempel aller Art.
Visitenkarten von 50 Pfg. an pr. 100 St.
In eleganten Schachteln.
Musterbücher und Preislisten zu Diensten.
Wiederverkäufer gesucht

Modes.

Eine geübte Modistin sucht Stellung als erste Arbeiterin. Eintritt kann sofort erfolgen. Anerbieten nimmt das Kontor des „Badischen Beobachters" entgegen unter **Nr. 60** 22

Eine gebildete Dame von 25—30 Jahren, katholisch, welche der französischen Sprache vollständig mächtig ist, sich gründlich auf Handarbeiten und Frisiren versteht, findet sofort Stellung als Kammerfrau bei einer Gräfin v. R. zur Zeit in Paris. Anfangsgehalt 600 Frcs. nebst Reisevergütung. Nur Damen mit sehr guten Zeugnissen wollen ihre Offerten nebst Photographie an die Expedition dieses Blattes unter den Chiffren **C. A. R.** schicken. 3

Lehrlingsgesuch.

Ein gutenzogener kräftiger Junge, welcher das Tapezirgeschäft erlernen will, findet auf Ostern oder früher Lehrstelle bei **Sebastian Münich, Tapezier, Hirschstraße 12** 1

Anzeige.

Nächsten **Samstag, den 23. Januar**, als dem Jahrestag des Ablebens des Dekans und Abgeordneten **Förderer**, wird **Morgens 8 Uhr** in der **Kapelle des St. Vincentiushauses** dahier ein feierliches Requiem für denselben gehalten. Zur Theilnahme daran wird hiemit freundlichst eingeladen.

Karlsruhe, den 21. Januar 1892.

H. Hennig, Dekan und Abgeordneter.

Vereinsbank Karlsruhe,

eingetragene Genossenschaft
mit unbeschränkter Haftpflicht,

gewährt **ihren Mitgliedern**

Vorschüsse auf bestimmte Zeit, diskontirt denselben **Wechsel** und eröffnet **Kredite** in laufender Rechnung gegen ausreichende Sicherheit; übernimmt unter Garantie **Werthpapiere jeder Art** zur Verwahrung und Verwaltung (offene Depôts) und besorgt:

An- und **Verkauf** von **Werthpapieren, Einkassierung** von **Wechseln,**

Auszahlungen und **Wechsel** auch auf alle grösseren Städte der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Die Bank eröffnet auch **Nichtmitgliedern Sparbücher** und provisionsfreie verzinsliche **Checkrechnungen** und übernimmt **Baareinlagen** zur Verzinsung.

Bedingungen und Formulare sind von der Bank unentgeltlich zu beziehen. 3.1

Der Vorstand.

Steigerungs-Ankündigung.

Montag, den 25. Januar, Vormittags 9 Uhr, sollen auf dem Gute **Augustenberg** bei **Grötzingen** versteigert werden: 2 komplette Erntewagen, 2 dto. Jauchewagen mit Bretteiern, 2 Pritschenwagen, 1 desgleichen kleiner zu Marktzwecken, 1 Lastschlitten, 1 leichterer Schlitten, Schwerz'sche und Sack'sche (Universal) Pflüge, 1-, 2- und 3scharig, Hack- und Häufelpflüge, eiserne Acker- und Wiesen-eggen, 1 steinerne Ackerwalze, 1 14reihige Drillmaschine, 1 kombin. Mähmaschine, 1 Pferderechen, 1 Fruchtputzmühle, Trieur, Schrot- und Quetschmühle, Häckselmaschine, Obstmahlmühle, Kartoffelquetschmühle, 2 kompl. Jauchepumpen, Decimalwaage, Jaucheverteiler, ca. 10 000 Erntestricke, Garbenbandleger, ca. 4000 Baumbänder, Milchkühler, Möbel und div. Hausgeräthe u. s. w.

Außerdem sind abzugeben: Größere Posten Heu, Oehmd und Stroh, Dickrüben, Futter- und Saatkartoffeln, prima Saat-Sommerweizen und Gerste.

2.2 **L. Kühn.**

Deutscher Normal-Akten-Heftapparat,

ministeriell zur Anschaffung empfohlen.

Empfehle tit. Behörden, Anstalten, Gerichten, Notaren, Rechtsanwälten, Gerichtsvollziehern etc. etc. meinen **Deutschen Normal-Akten-Heftapparat** auf's Beste.

Hochachtend 50.1
Andreas Hoch,
Fabrik und Lager: Herrenstraße 27 u. 33.

Diplom 1882. Diplom 1883.

Gebr. Dees,' Nachfl. **Eug. Klingele,**

Kaiserstr. 126, **KARLSRUHE,** Kaiserstr. 126,

empfiehlt seine beste und billigste 50.13

Reparaturen-Werkstätte für Uhren.

Concert-Saal

Brauerei Schrempp, Waldstraße.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =

2 Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Wiener Schuhwaaren-Lager

S. Illig,

Kaiserstraße 199a,

Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und **Schnürstiefel** in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von **M. 6.50 an**,

Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an,

Damen-Zug-, Knopf- und **Schnürstiefel** in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Knaben-, Mädchen- und **Kinder-Schuhe** und **Stiefel** in allen Arten,

Ball- und **Gesellschafts-Schuhe** und **Stiefel** für Herren und Damen von den einfachsten bis zu den elegantesten Mustern.

Größte Auswahl in **Filz-, Tuch-** und **Pelz-Schuhwaaren** in nur bester Waare.

Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Einlegesohlen, Zehenwärmer, Socke, Aldereme, Schuhlöffel, Knöpfer und **Stiefel-An-** und **Auszieher.** 9

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.

— Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt. —

Im Verlage der Aktiengesellschaft „**Badenia**" in **Karlsruhe** ist erschienen (in der neuen Schreibweise) die **neunte, vermehrte** Auflage des

Kleinen Gebet- und Gesangbuches

mit den monatlichen Andachten der **Corporis-Christi-, Herz-Jesu-** und **Herz-Mariä-Bruderschaften** und **Choral-Gesänge**.

Zusammengestellt von **J. G. Lorenz**, Pfarrer in Re...

Mit Genehmigung des Hochwürdigsten Ordinariates.

16°. 26 Bogen. (VIII, 368 u. XX S.)

Preis:	Gebunden in gewöhnlichem Einband bei Abnahme		
	von unter 50 Stück	55 Pfg.	per Exemplar.
	„ 50 Stück auf einmal	50 Pfg.	
	„ 100 „	45 Pfg.	
	Gebunden in Leinwand mit Goldpressung	90 Pfg.	
	„ Leder mit Goldschnitt	1 Mk. 60 Pfg.	

Rohe Exemplare bei Abnahme von mindestens 100 Stück 35 Pfg. per Exemplar, darunter 40 Pfg.

Nach dem vom Erzbischöflichen Kapitelsvikariate aufgestellten „**Lehrplan für den Religionsunterricht an den katholischen Volksschulen**" (Anzeigeblatt 1879 Nr. 10 vom 20. April mit Abänderungen) ist u. A. **obiges Büchlein vom vierten Schuljahr an zum Gebrauche der Kinder vorgeschrieben worden.**

Von diesem Büchlein wurden in kurzer Zeit weit über **150,000 Exemplare abgesetzt.** Es trägt dem bisherigen Usus im Kirchengesange Rechnung und macht es zugleich möglich, den Intentionen des Cäcilienvereins, soweit dies bei uns thunlich ist, zu entsprechen. Es enthält: Morgen-, Abend-, 9 Meß-, Beicht-, Kommunion-Gebete; 3 Predigt-, 4 Segens- und **13 Meß-Gesänge**, sämmtliche Vespern und Schluß-Antiphonen des Kirchenjahres nach dem Freiburger Gesangbuche; **30 Gelegenheitsgesänge, 15 sakramentalische und 18 Marienlieder**, nebst den auf dem Titel genannten noch öffentliche Andachten: Zur Schmerzhaften Mutter, 7 Freuden und 7 Schmerzen Mariä, Kreuzweg, Dreißiger, Frohnleichnamsandacht, 7 Litaneien (die von allen Heiligen lateinisch und deutsch) rc. rc.

Dem Büchlein ist ein **nunmehr 4 Bogen (64 Seiten)** starker

Anhang im Notendruck

beigegeben, welcher in **gregorianischem Choral**, aber mit **Noten des Fünf-Linien-Systems** enthält: **das Asperges** und **Vidi aquam, 2 Requiem für Sonn- und Werktage, 2 Requiem für Festtage**, das **Seelenamt** mit **Libera** und **Responsoria** nach dem **Ordinarium Missae** des von der römischen Ritenkongregation herausgegebenen **Graduale Romanum**, sammt 6 **Offertorien, Veni creator, Pange lingua, Defensor, noster, Osalutaris hostia, Lauda Sion, Odorate, Oceca viatorum, Ave maris Stella, O gloriosa virginum.**

Davon werden auch folgende Theile zu den beigesetzten Preisen abgegeben:

I. Ausgabe mit den ersten 3 Bogen Noten.

In allen Einbänden und roh das Exemplar um 10 Pfg. billiger, als das ganze.

II. Ausgabe ohne Notenbeilage.

In allen Einbänden und roh das Exemplar um 15 Pfg. billiger, als das ganze.

III. Separatausgabe der Gebete unter dem Titel:

Kleines Gebetbuch.

Einfach gebunden Ladenpreis 25 Pfg., in Leinwand und Goldpressung 45 Pfg., roh 15 Pfg.

IV. Separatausgabe der Notenbeilage unter dem Titel:

Fünf Messen,

sowie **Asperges, Vidi aquam, Veni creator, Pange lingua** und **Responsoria** aus dem **offiziellen Ordinarium Missae** und **6 Lieder mit Choralmelodie.**

Preis:	roh	18 Pfg.	per Exemplar.
	broschirt	20 Pfg.	
	geheftet mit Umschlag	25 Pfg.	

Die **Orgelbegleitung** hierzu (zum Ordinarium Missae) von **J. X. Will** ist nun in **3. Auflage** erschienen und kann auch durch uns bezogen werden zu Mk. 2.40.

Beifügen wollen wir noch, daß andere, nur in einzelnen Pfarreien gebräuchliche Bruderschaftsandachten u. dgl. von uns auf Verlangen in gleichem Format gedruckt und billigst berechnet und solche dem Gebet- und Gesangbuch beigebunden werden können.

Man gebe **genau an**, welche **Ausgabe** gewünscht wird, und bestelle bei der

Direktion der Aktiengesellschaft „Badenia",

Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, den 22. Jan. I. Quartal. 19. Abonnements-Vorstellung: **Nathan der Weise.** Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Lessing. Anfang halb 7 Uhr.

Vereine.

Museum: Samstag, 23. Jan., Abends 8 Uhr, Tanzunterhaltung.

Concerte und Vergnügungen.

Kammermusik: Samstag, 23. Januar, Abends 7 Uhr, zweiter Kammermusik-Abend im Foyer des Gr. Hoftheaters.

Notirungen der Frankfurter Börse

vom 21 Januar 1892.

		Staatspapiere.	
4	%	Deutsche Reichs-Anl. M.	107.—.
3½	„	„ „	99.40.
3	„	„ „	84.50.
4	„	Preuss. Konsols	106.70.
3½	„	„	99.40.
3	„	„	84.50.
4	„	Bayer. Abl.-Rente	106.90
4	„	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	105.90
4	„	Badische Obligationen fl.	102.60.
4	„	„ v. 1886	106.70.
4	„	Oest. -u.-Sch. Gold Elisab.	96.40.
4	„	„ Goldrente fl.	96.—.
4⅕	„	„ Silber.	81.10
4⅕	„	„ Papier.	81.80.
4	„	Ungar. Goldrente	92.60
5	„	„ Papierrente	88.80
4	„	Russ. Gold-Anleihe fl.	103.70
4	„	Span. ausl. Rente	—
5	„	Italien. Rente	91.91
5	„	Serbien, Goldrente	84.90
5	„	Serbien, gr. K. Hyp. Obg.	19.—.
		Bank-Aktien.	
4½	%	Deutsche Reichsbank	149.90
4	„	Badische Bank	113.20
4	„	Darmstädter Bank	—
5	„	Oest. Kreditb. (Ultimo)	253¾, 5⅞
4	„	Rhein.	116.70
4	„	Deutsche Bank	154.10
4	„	Deutsche Union-Bank	88.60.
		Inländisch. vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4	%	Heidelberg-Speyer Thlr.	40.80.
4	„	Hessische Ludwigsb.	112.90.
4	„	Ludwigsh.-Bexbach fl.	222.—.
4½	„	Pfälzer Maxbahn	141.80
4	„	„ Nordbahn	115.60.
		Ausländisch. vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	37½ ½
5	„	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	254½, ¼
5	„	„ Nordwestb. fl.	184½
4	„	„ Lit. B. Elbthal	204.—3¼
5	„	Schweiz Centralb. Fr.	127.90.
4	„	Gotthardbahn	118.40.
		Prioritäten.	
5	%	Albrecht ö. W. 300 fl.	89.50.
5	„	„ in Gold 400 M.	—
5	„	Oesterr. Südbahn	102.60.
3	„	„ 1871	63.10
5	„	„ Ung.-Staatsb. 1873	105.70
3	„	„ Staatsb. I.—8. Em.	84.—
3	„	„ „ 9. Em.	81.60
4	„	„ „ Ergänz.	81.90.
5	„	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	108.90
		Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½	%	Preuss. 100 Thlr.	—
3½	„	Köln-Mindener 100 Thlr.	132.60
4	„	Bayerische 100 Thlr.	143.50.
4	„	Badische 100 Thlr.	139.—.
4	„	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	129.—.
3	„	Oldenburger 40 Thlr.	127.20.
4	„	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	123.—
5	„	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	124.70
		Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
		Braunschweiger 20 Thlr.	104.30
		Augsburger 7 fl.	28.30.
		Ansbacher 7 fl.	42.50.
		Meininger 7 fl.	27.—
		Pappenheimer	26.40.
		Freiburger 15 Fr.	31.—.
		Mailänder 45 Fr.	—
		„ 10 Fr.	18.10.
		Wechsel. K. S.	
		Amsterdam 100 fl.	168.60
		Antwerpen 100 Fr.	80.80
		Schweiz 100 Fr.	80.65
		Wien 100 fl. ö. W.	172.15
		Paris 100 Fr.	80.90
		London	20.40
		Pfandbriefe.	
4	%	Rhein. Hypothekenbank	100.40.
3½	„	„	93.—
4	„	Bayer.	101.90
4	„	Württemb.	101.60
		Verfallene Coupons.	
		Oesterr. Papier	171.70
		Amer. U. St.- u. R. R.	4.17
		Geldsorten.	
		20-Franken-Stücke	16.19—
		„ „ in ½	16.15—
		Dukaten	9.70—
		„ al marco	9.73—
		Engl. Sovereigns	20.34—
		Russ. Imperiales	16.65—
		Gold-Dollars	4.19—
		Reichsbank-Diskonto	3 %
		Frankfurter Bank-Diskonto	3 %

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Kötzgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.